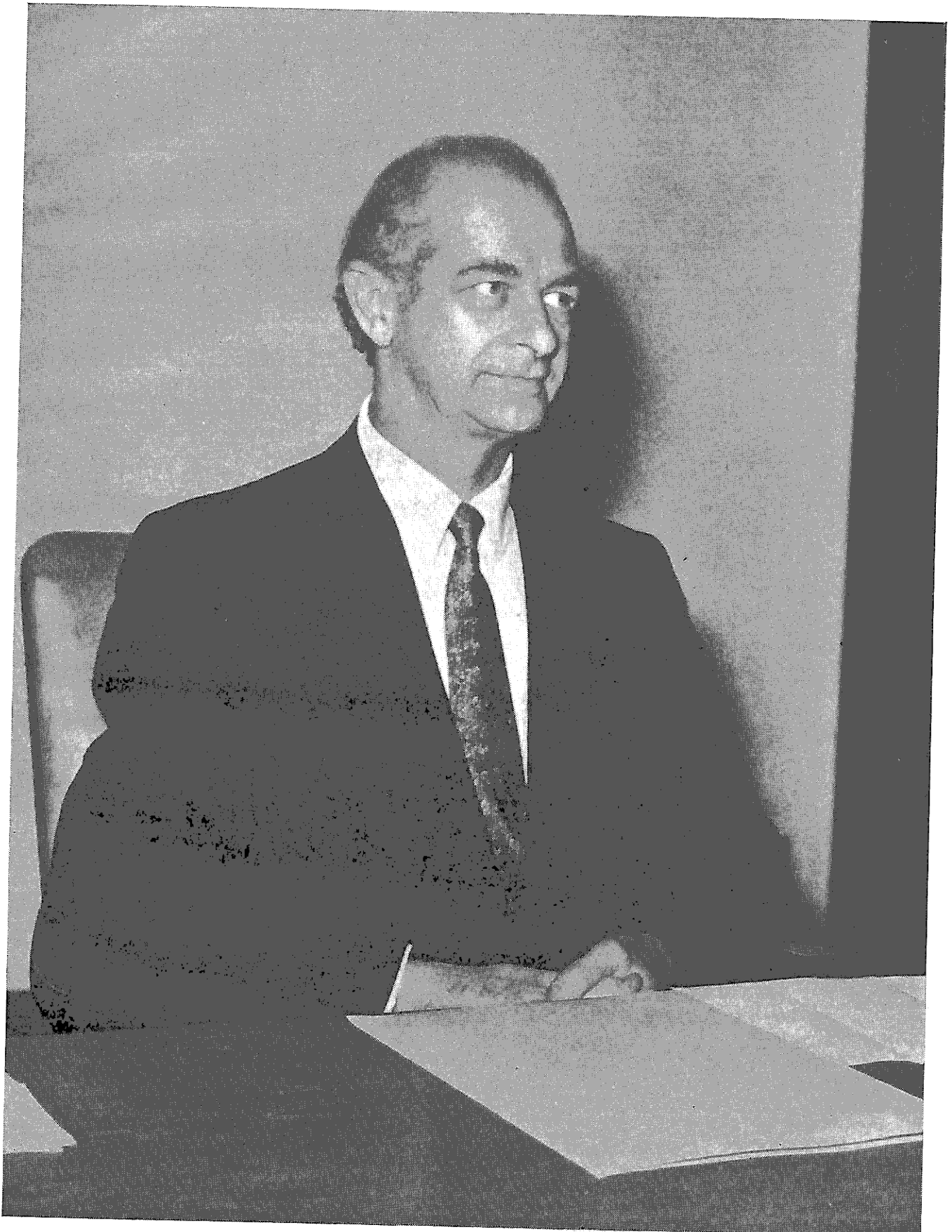


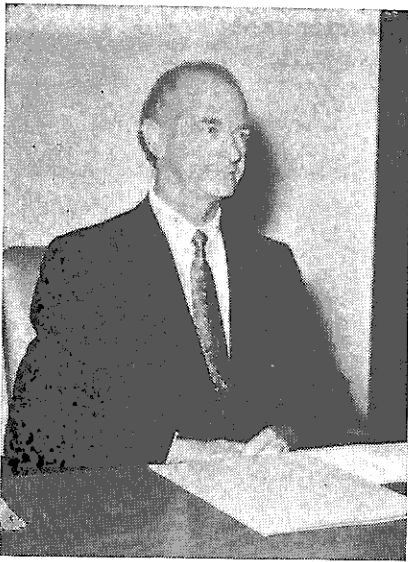
KONGRESSDIENST

Hamburg

Herausgegeben vom Präsidium des STÄNDIGEN KONGRESSES
aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik.

Okt. 1959
NUMMER 12





Prof. Linus Pauling

Wir veröffentlichen als Titelbild das Porträt eines Menschen, der in vorbildlicher Weise seine Verantwortung als Wissenschaftler für die Menschheit erkannt hat, es bei dieser Erkenntnis nicht bewenden läßt, sondern sich aktiv in die Tätigkeit zur Erhaltung des Friedens einsetzt.

So hat er bereits mehrmals in der Bundesrepublik gesprochen. Sein öffentliches Auftreten hat stets eine große Auswirkung gehabt. Auch die Ausarbeitung des Hiroshima-Appells auf der Konferenz gegen A- und H-Bomben in Hiroshima im August dieses Jahres ist nicht zuletzt seinen Bemühungen zu danken.

Unsere Leser finden in dem Bericht „Hiroshima mahnt zur Einigkeit“ einen weiteren Beweis für die Sorge Prof. Paulings um die gemeinsamen Bestrebungen gegen die Atomrüstung. Wir wünschen seiner Tätigkeit weiterhin guten Erfolg. D. Red.

Am ersten Tag

Der parlamentarische Unterausschuß für Atomstrahlungen in Washington veröffentlichte am 25. Juni einen Bericht mit folgendem Resümee: „Ein konzentrierter Angriff auf die 180 wichtigsten Ziele und strategischen Zentren der USA mit 263 H-Bomben würde am ersten Tag etwa 23 Millionen der 177 Millionen Amerikaner das Leben kosten. Weitere 26 Millionen Menschen würden derart schwer verletzt werden, daß sie nicht wiederhergestellt werden könnten. Von einer großen Zahl anderer Amerikaner, mindestens etwa 20 Millionen, ließe sich hoffen, daß sie zu irgendeinem Zeitpunkt einen gewissen Grad der Gesundheit wiedererlangten. Mindestens 25 Prozent der Opfer würden auf Strahlungen zurückzuführen sein, sagte der Vorsitzende des Ausschusses, der Abgeordnete Chat Holifield, Kalifornien, der den Bericht erstattete.“

80 Prozent gegen Atombewaffnung

Bei einer im Kieler Stadtteil Gaarden-Süd durchgeführten Befragung lehnten 81,6 Prozent der Befragten den Ausbau des Kieler Marinearsenals zum Atomwaffenlager ab. 80,6 Prozent sprachen sich gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr aus, 78,7 Prozent bejahten die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa. Bei der Umfrage wurden 1607 Bewohner um ihre Meinung gebeten.

Deutscher Gewerkschaftsbund weiter gegen atomare Aufrüstung

Die „Welt der Arbeit“ — das Organ des DGB — veröffentlichte Auszüge aus dem Referat des DGB-Bundesvorsitzenden Willi Richter, den Referaten und Diskussionsbeiträgen der Bundesvorstandsmitglieder und aus den Reihen der Delegierten.

Alle Gegner der atomaren Aufrüstung haben das lebhafteste Interesse daran, deutlich herauszustellen, wie der Bundeskongreß des DGB sich heute zur Frage der atomaren Aufrüstung stellt.

Die aktive Beteiligung der großen Organisationen der Gewerkschaft wird für die Wirksamkeit der Bewegung gegen den Atomtod von großer Bedeutung sein. Aus diesem Grunde veröffentlichten wir das uns bisher zugängliche Material des Kongresses, soweit die dort gemachten Ausführungen sich direkt oder indirekt mit der Frage der Atomrüstung beschäftigen. Sowohl der Bundesvorsitzende Richter als auch andere Mitglieder des DGB behandelten auf dem Kongreß sehr wichtige und bedeutende andere Fragen, z. B. zu dem Problem der Kohlenkrise, der 40-Stunden-Woche, des Verhältnisses des DGB zum FDGB in der Deutschen Demokratischen Republik, Fragen der Volksbildung, der Entwicklung der Volkswirtschaft usw.

Alle diese Probleme können wir nicht behandeln. Sie finden in dieser Nummer des „Kongreßdienstes“ alle uns zugänglichen Äußerungen zur Atombewaffnung. Leider hat es die gewerkschaftliche Presse unterlassen, die Anträge der Orts-, Kreis- und Industrieorganisationen des DGB zur Frage der atomaren Aufrüstung zu veröffentlichen. Uns ist ferner bekannt, daß Betriebe und Gewerkschaftsgruppen Entschließungen an den Bundeskongreß gesandt haben, die in die Hunderte gehen. Auch diese wurden nicht veröffentlicht. Wir richten an alle Gewerkschaftseinheiten die Bitte, uns diese Anträge in einer Kopie zuzuleiten, damit die breite Öffentlichkeit von dem Willen der Gewerkschaftsmitglieder Kenntnis erhält. Wir werden sie gerne veröffentlichen. Besonders aus den Kreisen der Intelligenz werden immer wieder Stimmen der Unzufriedenheit mit der gewerkschaftlichen Aktivität gegen die atomare Aufrüstung laut. Schon aus diesem Grunde wäre es wünschenswert, wenn unsere Geistesschaffenden davon Kenntnis erhalten, daß die Arbeiterschaft nicht vor der atomaren Rüstung kapituliert.

Mit den Auszügen aus den Referaten und Diskussionsreden veröffentlichen wir einen Aufruf von 60 Professoren an den Gewerkschaftskongreß und einen Brief des Büros des Präsidiums des „Ständigen Kongresses“ an die in Stuttgart tagenden Gewerkschaftler. D. Red.

Bundesvorsitzender Willi Richter:

Auszüge aus Referat und Schlußwort
Es wurde noch darauf hingewiesen, daß wir mit unseren Bemühungen in dem Kampfe gegen den Atomtod auf halbem Wege steckengeblieben wären. Ich habe die Unterlagen hier zur Hand. Sie sind sehr umfangreich. Wir haben bereits mit Schreiben vom 5. März, also lange vor der Bundestagsdebatte, den Herrn Bundeskanzler gebeten, er möchte uns zu einer **Ausprache über die Gebiete Wiedervereinigung und Atom empfangen**, um mit ihm diese beiden Fragen von grundsätzlicher Bedeutung zu diskutieren. Wenn ich nicht irre, war der Herr Bundeskanzler damals in Urlaub. Wir haben einen Zwischenbescheid bekommen von seinem Sekretariat. Später hatten wir sehr ernsthafte und sehr tiefgehende Diskussionen.

Wir haben uns in dieser Frage weiter in Telegrammen an die Vorsitzenden sämtlicher Bundestagsfraktionen gewandt, und zwar zu der Zeit, als die Diskussion über diese Frage im Bundestag stattgefunden hat, am 24. März 1958.

Wir haben eine außerordentliche Bundesvorstandssitzung nach Hamburg einberufen, um das Ergebnis der Bundestagsdebatte zu diskutieren und Überlegungen anzustellen: Was kann, was soll und was muß der Bundesvorstand, das dafür zuständige Organ des DGB, tun?

Wir haben auf dieser Bundesvorstandssitzung am 23. März eine Entschließung mit der Überschrift „Kampf dem Atomtod“ angenommen:

Der Bundesvorstand begrüßt die Initiative des Arbeitsausschusses „Kampf dem Atomtod“. Er wird diese Aktion nachdrücklich unterstützen.“

Wir haben aber auch in dieser Entschließung alle Bevölkerungskreise, insbesondere die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die Politiker, die Professoren, Ärzte und Studenten — und die Mütter! — aufgerufen, sich der Aktion „Kampf dem Atomtod“ anzuschließen. Eine deutlichere Sprache kann keine Organisation führen, vor allen Dingen eine Organisation, die gleichzeitig als Massenbewegung angesprochen werden kann und muß.

Volksbefragung unter Kontrolle der UNO

Wir haben uns unermüdlich für die Wiedervereinigung mit unseren Brüdern und Schwestern in der Sowjetzone ausgesprochen. Wir sind mit Nachdruck für die Schaffung eines demokratischen Gesamtdeutschlands in Frieden und Freiheit eingetreten. Wir haben wiederholt eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung zur Sicherung des Weltfriedens gefordert. Wir haben an das Verantwortungsbewußtsein der Staatsmänner aller Länder appelliert und gefordert: „Nutzt die gewaltige Macht Atom für den Wohlstand und den Fortschritt der Menschheit, aber nicht zu ihrem Untergang.“ **Unsere Parole war und ist: „Keine Atomwaffen in Deutschland, in Europa und in der ganzen Welt!“**

Natürlich, liebe Freunde, jeder von uns, jeder Verantwortliche — und da freue ich mich über die Diskussion — muß dauernd über sein Wirken nachdenken, muß dauernd überlegen, ob er nicht einen Fehler macht, muß dauernd auf die Bedenken der anderen, auf ihre Argumente, ihre Gründe hören und muß natürlich versuchen, sich mit den anderen „zusammenzuraufen“, um eine gemeinsame Plattform zu finden, denn darin liegt ja letzten Endes die Stärke, und wir müssen uns unermüdlich immer wieder für eine Politik der Verständigung, des Friedens und der Freiheit einsetzen. Wir müssen unverzagt mit unseren Kollegen im IBFG die Achtung der Atomwaffen, ja jedes Krieges verlangen, und wir müssen das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker, ganz gleich, welcher Hautfarbe oder Rasse und wo sie auch immer in der Welt leben, fordern.

Die demokratische Entwicklung in manchen Bereichen unserer Bundesrepublik, vor allem auf dem Gebiet der Verwaltung und des Gerichtswesens, hat sich wesentlich verzögert und ist heute noch in Gefahr, weil hohe Staatsämter mit Personen besetzt worden sind, deren demokratische Gesinnung nach ihrer Vergangenheit und nach ihren Taten bezweifelt werden muß. Gerichtsurteile und Verwaltungsentscheidungen haben bis in die letzte Zeit unsere Befürchtung bestätigt, daß die Demokratie einen Teil ihrer Macht ihren Widersachern in die Hände gespielt hat. Dazu kommt, daß sich in der Bundesrepublik wieder rechtsradikale Verbände breitmachen. Man sagt uns, daß in diesen Verbänden auch demokratische Kräfte vorhanden seien, die sich bemühen, den Anschluß an die politische Entwicklung zu finden und aus den Irrtümern der Vergangenheit zu lernen. Wir wünschen ihnen für diese aner kennenswerten Bestrebungen Erfolg, aber wir müssen immer wieder Reden und Aussprüche hören, die zeigen, daß man politisch nichts gelernt hat.

Daß ein beträchtlicher Teil der Vertreter dieser rechtsradikalen Kreise hohe Pensionen von der Bundesrepublik bezieht und daher ohne wirtschaftliche Sorgen gegen unsere demokratische Ordnung agieren kann, ist bereits aus der Zeit der Weimarer Republik zur Genüge bekannt und wird leider heute wiederholt. Es ist auffällig, daß diese rechtsradikalen Verbände sich nicht damit begnügen wollen, ihre Vereinsangelegenheiten unter Ausschluß der Öffentlichkeit abzuwickeln, sondern daß sie in sich den unwiderstehlichen Drang verspüren, sich öffentlich zur Schau stellen zu müssen. Wenn eine Landesregierung diesen Demonstranten nahelegt, wenigstens ihre Uniformen zu Hause zu lassen und an Stelle des Stahlhelms den Zylinder aufzusetzen, so spricht das nur für die Sorglosigkeit gewisser Regierungsstellen.

... Seit dieser Zeit haben wir nicht geruht, und in allen unseren Reden haben wir immer darauf hingewiesen, daß der „Kampf gegen den Atomtod“ sowohl auf dem Gebiet der Bewaffnung wie auch der friedlichen Anwendungen unter allen Umständen und unablässig weitergeführt werden muß.



Der Vorsitzende des DGB Willi Richter

Otto Brenner Vorsitzender IG-Metall

Wir müssen alle Kräfte zusammenfassen, um die noch nicht erfüllten Forderungen durchzusetzen. Das wird nur gegen den hartnäckigen Widerstand der Arbeitgeber möglich sein. Nur durch das solidarische Zusammenwirken aller Arbeitnehmerorganisationen gegen die reaktionären Tendenzen in Politik und Wirtschaft der Bundesrepublik können wir zu der gesellschaftlichen Neuordnung gelangen, die wir nach zwei Weltkriegen vergeblich erhofft haben.

Wer wollte leugnen, daß diese Neuordnung heute dringender geworden ist denn je, wenn das auch bestimmte Kreise nicht wahrhaben wollen. Noch sind die Zerstörungen des zweiten Weltkrieges nicht völlig beseitigt und schon wieder stehen wir vor der Gefahr eines dritten Weltbrandes von atomarer Zerstörungskraft. Noch ist es Zeit, das Unheil abzuwenden. Den Millionen organisierten Arbeitnehmern fällt dabei eine große Verantwortung vor der Geschichte zu. Das Gebot der internationalen Solidarität aller arbeitenden Menschen muß über den Ungeist des Völkerhasses und des Rüstungswahnsinns siegen, wenn die Katastrophe vermieden werden soll. Zwanzig Jahre ist es her, seit ein verbrecherisches System durch den Überfall auf Polen den zweiten Weltkrieg entfesselte, und schon wieder rühren sich die ewig Gestrigen. Sie melden sich unverschämt zum Wort, wie das kürzlich z. B. bei dem Stahlhelmtreffen in Oldenburg der Fall war.

Wir müssen den Anfängen wehren! Sonst wird es für unsere junge Demokratie bald wieder zu spät sein. Wir

müssen bereit sein, in der Stunde der Gefahr unsere Demokratie vor ihren Feinden zu schützen.

Aus all diesen Gründen geben wir im Namen der Deutschen Gewerkschaften und aller demokratischen Kräfte unseres Landes dem so schwer geprüften polnischen Volk und allen Opfern des Hitlerkrieges die feierliche Versicherung: Die deutschen Arbeitnehmer stehen mit ihrer ganzen Überzeugung an der Seite der arbeitenden Menschen aller Länder im Kampf für eine Politik der Verständigung und des Friedens, der Achtung des Krieges und der Atomwaffen, der Freiheit und Selbstbestimmung der Völker, im Geiste der sozialen Gerechtigkeit und des gesellschaftlichen Fortschritts.

Besondere Beachtung in der in- und ausländischen Presse dürften Otto Brenners Worte an das polnische Volk finden: „Die deutschen Arbeitnehmer stehen mit ihrer ganzen Überzeugung an der Seite der arbeitenden Menschen aller Länder im Kampf für eine Politik der Verständigung und des Friedens, der Achtung des Krieges und der Atomwaffen, der Freiheit und Selbstbestimmung der Völker im Geiste der sozialen Gerechtigkeit und des wirtschaftlichen Fortschritts.“

Karl Schwab (IG Metall):

Keine Halbstarkenpolitik in Wehrfragen

Ich bin der Meinung, daß wir zwar die Aufgaben der politischen Parteien als Gewerkschaftsbewegung nicht übernehmen können und auch nicht übernehmen dürfen, aber eines sollen und müssen wir: wir müssen das schlechte Gewissen der Politiker werden und blei-

ben. Wer will, daß unsere Forderungen verwirklicht werden, der muß gegen die Verschleuderung des Volksvermögens, wie sie sich in der Aufrüstung und insbesondere in den Bemühungen um die Gesellschaftsfähigmachung der Atombombe ausdrückt, mit heißem Herzen kämpfen.

Wenn man da und dort sagt, es stehe uns nicht an, Widerspruch gegen Beschlüsse des Parlaments oder gar gegen die Regierung zu erheben, dann meine ich, das ist eine Frage, wo wir alle, wenn Bundesregierung und Parlament anders beschließen, zum nationalen Ungehorsam aufgerufen sind und wo wir sagen müssen: Hier kann es keine Toleranz und keinen Kompromiß geben, sondern hier gilt es, alles zu versuchen, um endlich diese Halbstarkepolitik auch in der Bundesrepublik Deutschland in Wehrfragen zu verhindern.

T. M. Kawawa

(Generalsekretär des

Gewerkschaftsbundes von Tanganjika) hielt eine Begrüßungsansprache an den Kongreß. Er sagt dabei u. a.:

Afrika — kein Versuchsfeld

Wir bitten euch weiter zu verurteilen, daß die afrikanischen Menschen in Rhodesien und Nyassaland zum Zentralafrikanischen Verband gezwungen wurden. Sie wollen diesen Verband nicht, weil er nur eine Verewigung der südafrikanischen europäischen Vorherrschaft über die Afrikaner Zentralafrikas ist.

Zum Schluß bitten wir euch, uns auf zweierlei Weise zu helfen:

1. daß unser Kontinent nicht mehr als Schlacht- und Versuchsfeld für eure zerstörerischen Erfindungen benutzt wird;
2. daß ihr uns durch eure Regierungen oder alle anderen euch zur Verfügung stehenden Institutionen die dringend benötigte Hilfe in dem Kampf gegen die Armut, Krankheit und Unwissenheit führen.

Karl Hauenschild, IG.-Chemie

Wir haben nun einmal an den Lehren der Geschichte des Zweiten und auch Dritten Reiches festgehalten. Ich glaube, wir sind damit bisher gut beraten gewesen. Hin und wieder wurde uns das als Verletzung der sogenannten politischen Neutralität ausgelegt. Wir müssen uns aber fragen: Ist es z. B. unsere Schuld, daß wir nicht so schnell von den Grundsätzen des Ahlener Programms abgerückt sind, daß wir nicht darauf verzichten konnten, die Lehren aus dem Zweiten und Dritten Reich zu ziehen? Wäre es nicht beispielsweise eine sehr dankbare Aufgabe für die christliche Kollegenchaft im DGB und vielleicht auch für die gesellschaftspolitischen Kommentatoren, sich einmal mit der Disharmonie zwischen der 1949 entwickelten Theorie und der dann in zehn Jahren praktizierten Tagespolitik auseinanderzusetzen?

Der Kollege Richter sagte fast wörtlich: „Die Gewerkschaftsbewegung hat immer bedeutsame Zukunftsziele, deren Realisierung in Anbetracht der wirtschaftlichen und politischen Kräfte in absehbarer Zeit oft nicht wahrscheinlich ist.“

Der Kollege Richter sagte weiter: „Wir werden den politischen Parteien gegenüber laufend Stellung beziehen und werden ihre Versprechungen mit ihren praktischen Taten vergleichen.“ Das ist ebenfalls gut. Ich glaube aber, das dürfte nicht hinter verschlossenen Türen erfolgen, sondern müßte so laut und so deutlich geschehen, daß unsere sechs Millionen Mitglieder davon Kenntnis nehmen können.

Wir haben das einmal versucht. Wir haben 1953 gesagt: Wählt einen besseren Bundestag. Wir haben mit dieser Forderung furchtbar viel Ärger hinterher bekommen. Außer dem Ärger haben wir noch einen sehr zweifelhaften Erfolg damit gehabt.

Ich persönlich meine, der Bundestag wäre nicht besser geworden, sondern wäre hinsichtlich dessen, was von 1953 bis heute erfolgt ist, schlechter geworden. Wäre es nicht vielleicht besser, es noch deutlicher zu sagen? Nicht zu sagen, welche Partei der eine oder andere zu wählen hat, aber jedem Mitglied, das es wissen will, zu sagen, wie es sich in der Partei, in der es zu Hause ist, einzustellen hat gegenüber Theorie und Praxis dieser Partei.

Die „Welt der Arbeit“, glaube ich, macht einen hoffnungsvollen Beginn. Sie sagt mitunter sehr schön und sehr deutlich, was in der Tagespolitik passiert. Und ich glaube, das Mitglied, das das Bedürfnis hat, sich politisch zu informieren, kann das in der „Welt der Arbeit“ tun. Eine Frage ist, warum so wenig Mitglieder von dieser Möglichkeit Gebrauch machen.

Der Kollege Tacke spricht von einem Ausbau der politischen Schulung. Dies ist ebenfalls ein Weg, der möglich wäre und den wir vielleicht intensiver als bisher beschreiten sollten.

Politische Schulung im Jahre 1959 müßte so aussehen, daß an der täglichen Politik und an den täglichen Erscheinungsformen der Politik das Kritikvermögen des Kollegen geschärft wird. Man müßte ihm also sagen, was z. B. Verfassung und Verfassungswirklichkeit ist.

Die politische Aufklärung wäre also eine Möglichkeit. Der andere Weg wäre doch wohl, auf die noch vorhandenen Machtpositionen, die einer 6-Millionen-Organisation innewohnen, zurückzugreifen und die eine oder andere Forderung mit den den Gewerkschaften gegebenen Kampfmitteln durchzusetzen. Der Metallarbeiterstreik 1956/57 hat bewiesen, daß auch dieser Weg möglich ist.

Willi Kuhlmann, OTV „Krieg und Frieden“

Ich glaube, daß die Frage Krieg und Frieden doch immer eine zentrale Frage für solche Massenorganisationen, wie wir eine sind, sein müßte, und sicherlich ist es so, daß wir alle dazu beitragen sollen und wollen, daß die internationalen Spannungen mehr und mehr beseitigt werden. Dazu ist aber ein deutliches Wort notwendig. Da genügt es nicht, daß man sich, wie das oft in unseren Organisationen der Fall ist, nur mit den Kräften beschäftigt, die in ihrer politischen Gestaltung und Lebensordnung unserer Auffassung entgegengesetzt sind, und daß man das macht, was allzu oft in der Bundesrepublik

geschieht: daß man billig in Antibolschewismus macht, um so die Augen teilweise vor den Gefahren zu verschließen, die wir in der Bundesrepublik haben.

Ich bin der Meinung, es kommt darauf an, daß unsere Organisationen, Parteien und Gewerkschaften die gemeinsamen Aufgaben noch deutlicher sehen. Wenn uns hier gesagt wird, daß unsere Organisation eben ihren bestimmten Aufgabenkreis habe, den sie nicht überschreiten dürfe, weil das andere die politischen Parteien tun, dann muß ich sagen, es gibt Fragen von zentraler Bedeutung, denen wir uns zu stellen haben. Da ist die Frage der Rüstungslasten. Ich habe noch wenig darüber im Bericht des Bundesvorstandes gehört. Ich habe nur im schriftlichen Bericht darüber gelesen, daß die Aktion „Kampf dem Atomtod“ durch das Karlsruher Verfassungsgericht unmöglich wurde, aber kein Wort weiter im Geschäftsbericht. Aber wenn hier gesagt wird, wir sind bereit, den Kampf gegen den Rüstungswahnsinn aufzunehmen, wir sind bereit, alles zu tun, um dem Volk nun auch klarzumachen, daß wir, die deutsche Gewerkschaftsbewegung, die Garanten der Demokratie und die Garanten des Friedens sind, dann muß ich doch fragen, Bundesvorstand und Otto Brenner, wie kommt Ihr denn dazu, wenn hier der örtliche Ausschuß einen Kiosk zu der Atomfrage und zu den Abrüstungsfragen aufstellen will vor der Kongreßhalle, wie kommt Ihr denn dazu, das zu untersagen?

Endziel: In Gemeineigentum überführen

Franz Gremminger (IG Metall): Wenn der verstorbene Kollege Böckler auf dem Gründungskongreß in München 1949 sagte, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung nicht mehr in der Lage ist, die nach dem zweiten Weltkrieg aufgetretenen Probleme national und international zu lösen, dann müssen wir ernsthaft untersuchen, ob es nicht nur allein mit Reformen möglich ist, diese Gesellschaftsordnung zu verändern, sondern ob darüber hinaus andere Maßnahmen ergriffen werden müssen, um dieser Gesellschaftsordnung einen wirklich demokratischen Inhalt zu geben.

Wenn man 1949 auf dem Gründungskongreß glaubte, mit den Maßnahmen der Demokratie auch die Wirtschaft zu demokratisieren, dann müssen wir heute nach zehn Jahren feststellen, daß wir von der Entwicklung einer demokratischen Wirtschaft weit mehr entfernt sind, als dies vor zehn Jahren der Fall war. Die Voraussetzung einer wirklichen Demokratie ist, daß die ökonomische Grundlage der Gesellschaftsordnung verändert wird. Die Arbeiterschaft allein ist der Garant, der in der Lage ist, die ökonomischen gesellschaftlichen Verhältnisse zu ändern und daraus wirklich eine demokratische Gestaltung zu machen und damit auch den Menschen in den Mittelpunkt des Geschehens zu stellen. Das Aktionsprogramm ist für uns Nahziel. Das Fernziel soll und muß sein: Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum als die Voraussetzung dafür, daß sich keine solchen Machtkonzentrationen entfalten können, wie wir das heute sehen.

Peter Meier:

Als Gast des indischen Friedensrates in Indien

Rückreise von der „5. Weltkonferenz gegen A- und H- Bomben“ in Hiroshima

Frau Dr. Rathjens hat bereits im letzten „Kongreßdienst“ davon berichtet, wie herzlich wir deutschen Delegierten überall in Japan aufgenommen wurden — nicht nur im Rahmen der Konferenz, sondern ganz besonders auch in jenen Tagen, die wir im Anschluß an Hiroshima noch unter unseren japanischen Freunden verbrachten. Ich hatte Gelegenheit, dem „Japanischen Rat gegen A- und H-Bomben“ noch ein wenig bei der notwendigen „Nacharbeit“ der Konferenz zu helfen und an einigen Pressekonferenzen, mehreren halb-offiziellen Gesprächen sowie einer Sitzung des „Japanischen Presseclubs“ teilzunehmen. Selbstverständlich richteten sich die ersten Fragen, die ich zu beantworten hatte, nur an einen der annähernd hundert ausländischen Delegierten — aber schon bald äußerte sich der Charakter unserer Gespräche: aus einem Ausländer unter zahlreichen anderen wurde plötzlich ein Deutscher, und die Zahl der Fragen nach Deutschland, nach unseren Lebensverhältnissen und nach unserer Bewegung gegen Atomrüstung wuchs ins Uferlose. Wir leben ja oft in der Einbildung, unsere deutschen Sorgen seien die einzigen Probleme, die die Welt erschütterten — wer mit solcher Vorstellung nach Japan kommt, ist verblüfft, wie wenig selbst gebildete Journalisten dort über unser Vaterland wissen. Andererseits ist es um unser Japan-Bild meist nicht viel besser bestellt — „Madame Butterfly“ ist so wenig Japan wie Loreley und Altheidelberg Deutschland ausmachen. Bei jenen Gesprächen ließen wir es nun nicht bei der Feststellung der gegenseitigen Unkenntnis bewenden — um diesen Zustand abzuhelfen, beschlossen wir, künftig weit mehr als bisher Informationen und Artikel auszutauschen. Unsere japanischen Freunde wollen den „Kongreß-

schen gegen Atomrüstung und für friedliche Lösung der internationalen Probleme mehr Raum geben werden.

Ich habe es mir noch oft von Asiaten sagen lassen müssen, wie unklug doch der Westen seine eigenen Interessen vertrete, wenn er der „Asiatischen Unterstützungsoffensive der Sowjetunion“ die militärische Drohung, verbunden mit der Atomrüstung, als einzigen Trumpf entgegensetze. „Wenn ihr wirklich an eurem Überleben interessiert seid und daran, daß sich der Kommunismus nicht weiter ausbreitet — warum investiert ihr euer Geld dann in Atomraketen, statt uns zu helfen, die Menschen satt zu machen?“ fragte mich ein Abgeordneter der Kongreßpartei auf einem offiziellen Frühstück im indischen Parlament in Neudelhi.

Das Bild von dem unterirdisch grollenden Vulkan, das jener Kirchenmann gebraucht hatte, verfolgte mich noch auf dem Flug nach Indien, den ich in Bangkok, dem Sitz der SEATO, unterbrach. Aber auch hier war von kriegerischem Säbelrasseln und siamesisch-amerikanischer Verbrüderung nicht viel zu spüren. In Bangkok wird zwar jeder mit dem gewinnendsten Lächeln begrüßt, der Dollars mitbringt und an dem man verdienen kann (der Tourist wird dort in geradezu sagenhafter Weise geschöpft!) — aber sonst reicht die Begeisterung für den überseeischen Bündnispartner nicht weit. „Asia is awake now!“, Asien ist inzwischen aufgewacht, sagte mir augenzwinkernd ein junger Siamese, den ich danach fragte; und ein amerikanischer Mitreisender erklärte mir zornig, die ganze Verteidigungsbereitschaft der Siamesen rühre daher, daß die SEATO ein glänzendes finanzielles Geschäft für sie sei.

Abgesehen von Formosa (und Südkorea) schien die Politik der Atomkriegsdrohung in Ostasien also nicht sehr viel Freunde zu haben — ich war gespannt, wie man in Indien in dieser Frage dächte, ob Indien wirklich das Land der Gewaltlosigkeit und der Koexistenz sei, für das ich es immer gehalten hatte. Ich hatte mich auf Empfehlung der Japaner an den „Gesamtindischen Friedensrat“ gewandt mit der Bitte, mir ein wenig behilflich zu sein bei der Realisierung meiner Absicht, so viel wie möglich zu lernen — trotz der kurzen Zeit, die mir für dieses Land nur zur Verfügung stand. Ich hatte in Hongkong zu deutlich gemerkt, wie wenig der „Tourist“ zu sehen bekommt von dem, was wirklich das Bild prägt; auf diesem Wege hoffte ich nun, einen etwas gründlicheren Blick in das Land der Maharadschas und Fakire tun zu können.

Der Indische Friedensrat erfüllte diesen Wunsch auch in großzügiger Weise — allerdings blieb nichts übrig von der Vorstellung von dem „Land der Maharadschas und Fakire“, die bei uns Europäern doch immer ein wenig hinter unserem Bild von Indien steht. Ich hatte nie geahnt, wie erbärmlich der Mensch vegetieren kann, be-



Bombay: Nach dem Gottesdienst.

vor ich selber nach Indien kam. Schon mein erstes Erlebnis war typisch dafür. Ich mußte in Kalkutta übernachten, da ich in der Abendmaschine nach Delhi keinen Platz mehr bekommen hatte. Als ich nun am frühen Morgen mit dem Autobus der „Indischen Luftverkehrsgesellschaft“ zum Flugplatz hinausfuhr, sah ich überall auf den Straßen Menschen, die ohne Unterlage und ohne Decke auf den Bürgersteigen schliefen. Ihr einziger Besitz sind ein zerrissenes Hemd und eine zerrissene Hose — die beiden Kleidungsstücke, die sie auf dem Körper tragen. Selbst in der Monsunzeit, in der in Indien Wolkenbrüche von einer Intensität niedergehen, wie wir sie uns in Europa einfach nicht vorstellen können, haben sie keinen Ort, an dem sie vor Regen geschützt sind — sie schlafen heute in diesem Hauseingang, morgen in jenem, immer in der Furcht, von dem Besitzer des Stückes Erde, auf das sie sich gerade gesetzt haben, wieder weggejagt zu werden. Und das Entsetzlichste daran ist der Lastwagen der Polizei von Kalkutta, der jeden Morgen durch die Stadt fährt und die Leichen derjenigen aufsamelt, die dort in der vergangenen Nacht auf den Straßen vor Hunger und Entkräftung gestorben sind. Als ich zwei Wochen später in Düsseldorf meine Flugreise beendete, las mein Gegenüber im Zuge nach Münster eine westdeutsche Tageszeitung, in der im Zusammenhang mit den Unruhen in Kalkutta von „angeblich unzureichender Lebensmittelversorgung“ gesprochen wurde. Ich habe diese Menschen gesehen, die wenig später zu Tätlichkeiten der Verzweiflung schritten, weil der Reis schon wieder teurer geworden war — das Wort „angeblich“ im Zusammenhang mit ihrem Hunger ist nicht nur zynisch, es



Delhi: Geschmückt mit dem „Rakhe“

dienst“ mit Berichten aus ihrem Land beliefern, während sie andererseits in ihren Organen dem Kampf der Deut-

ist geradezu eine Blasphemie. Und immer wieder zogen Inder, die mich führten oder mit denen ich ins Gespräch gekommen war, von sich aus die Verbindung zur Hochkonjunktur unserer Rüstungsindustrie; mehr als einmal bin ich angesichts des Elends so weiter Kreise der Bevölkerung gefragt worden: „Wissen Sie, was eine einzige Atomrakete kostet?“

Der Sekretär des indischen Friedensrates machte mich gleich bei der Begrüßung in Delhi darauf aufmerksam, sie hätten das Angenehme mit dem Nützlichen verbunden; sie schlugen mir vor, mir fast alle Teile Indiens zu zeigen, und ich sollte dafür überall dort in von ihnen arrangierten Versammlungen über die Konferenz von Hiroshima und über Deutschland sprechen. Begeistert ging ich auf diesen Vorschlag ein — wenn ich auch am Ende dieser Tournee ziemlich abgespantet war, so war ich doch sehr froh, daß mir diese einmalige Gelegenheit geboten worden war.

Der indischen Friedensbewegung ergeht es nicht viel anders als der Bewegung gegen Atomrüstung in Deutschland — das bequemste Mittel, sich ihrer zu entledigen, glauben manche Leute darin gefunden zu haben, sie kurzerhand als kommunistisch beherrscht abzustempeln. Allerdings „zieht“ diese Methode in Indien bei weitem nicht so gut wie in Deutschland — die Friedensbewegung ist dort nicht nur auf die in der Opposition stehenden politischen Gruppierungen beschränkt, sondern greift weit in die regierende Kongreßpartei hinein. Der Präsident des „Gesamtindischen Friedensrates“, Pandit Sunderlal, ist nicht nur einer der hervorragendsten Männer der Kongreßpartei und enger persönlicher Freund Nehrus, sondern auch einer der ältesten Mitkämpfer Gandhis. Ich hatte die Ehre, von ihm in einer offiziellen Veranstaltung begrüßt zu werden, in der man mich auch — indischer Sitte entsprechend — mit einer Blumengirlande und dem traditionellen „Rakhe“, einer um das Handgelenk gebundenen Blüte, schmückte. Ich muß bekennen, daß ich überrascht war, in diesem Mann so viel vom Erbe und Geiste Gandhis als lebendige Realität wiederzufinden. Wir kamen sogleich auf Deutschland zu sprechen — Pandit Sunderlal hat eine überraschend große Kenntnis der Probleme unseres Vaterlandes —; ihn beschäftigte die Sorge, daß es in Deutschland und den hinter ihnen stehenden Wirtschaftskreisen ein drittes Mal gelingen könnte, das Volk in eine Art von „Kriegs- und Untergangsbereitschaft“, wie er es nannte, hineinzumanövrieren. Ich versicherte ihm, daß wir von einer solchen Kriegs- und Untergangsbereitschaft wenig spürten, daß dagegen die öffentliche Meinung unseres Landes immer stärker den Verzicht auf die atomare Aufrüstung unserer Wehrmacht und eine Politik der Entspannung anstelle der Politik der Stärke fordere. Er gab mir sogleich zu, daß seine Vorstellung von der relativen Bedeutungslosigkeit der deutschen Bewegung gegen Atomrüstung sicherlich zu einem guten Teil daran liege, daß auch in Indien die Presse oft das „unabhängig“ in ihrem Namen zu Unrecht führt.

Ich habe aber noch oft und in zahlrei-



Dehli: Gespräch mit dem Präsidenten des indischen Friedensrates Pandit Sunderlal (Kongreß-Partei)

chen Gesprächen den Verdacht zerstreuen müssen, die Gegnerschaft des deutschen Volkes gegen die Atomrüstungspläne wäre aus den allerersten Kinderschuhen noch nicht heraus. Ich war verblüfft, selbst im fernen Indien die Furcht vor einem Wiedererwachen des deutschen Militarismus zu finden. Aber die Inder sehen sehr realistisch, wie groß die von hier drohende Gefahr in einem Zeitalter ist, in dem ein lokaler militärischer Konflikt sehr schnell zum mit Atomwaffen geführten Weltkrieg werden kann. Mehr als einmal bin ich gefragt worden, ob Herr Strauß seine Drohung, die Sowjetunion auszuradieren, wohl ernst gemeint habe — und in der Frage schwang beides mit: die Belustigung über die völlige Verkennung der Größenordnung, die in jenem Ausspruch zutage tritt, und die Sorge davor, Herr Strauß könne tatsächlich eines Tages mit solchen Radierübungen beginnen. „Glauben Sie mir, wir Inder haben nun wirklich wenig Neigung, es China gleichzutun und kommunistisch zu werden“, sagte mir ein Baumwollindustrieller aus dem Norden des Staates Bombay, „aber wir wehren uns mit zumindest derselben Entschiedenheit gegen alle Versuche, Indien zu einem Eintreten für die westliche Blockpolitik zu bewegen.“ — Nach einer nachdenklichen Pause fuhr er dann fort: „Sehen Sie, mein Sohn studiert in Deutschland, und wir alle bewundern Ihr Land — aber am sympathischsten sind uns doch nicht die Leute, die heute in Deutschland wieder den Ton angeben, sondern diejenigen, die sich aktiv für eine Politik der Entspannung einsetzen.“ Während die Japaner naturgemäß zuerst an die Frage der atomaren Bewaffnung denken, sehen Inder dieses Problem eher nur als Spezialfall der umfassenden Frage nach einer generellen Politik der Entspannung.

Dieser unbedingte Wille zur Politik der Entspannung kommt auch in dem indisch-chinesischen Verhältnis zum Ausdruck, das während meiner Reise gerade besonders gespannt war. Es gab zu jener Zeit manche Stimme in

Indien, die begeistert erschien über die günstige Gelegenheit, anti-kommunistische Propaganda auf Kosten der Chinesen zu machen. Aber auch die am weitesten rechts stehenden von diesen Propagandisten waren auf den Grundtenor abgestimmt: „Wie kann China es wagen, durch diese Grenzzwischenfälle die indisch-chinesische Freundschaft aufs Spiel zu setzen?“ Diese Freundschaft ist also für alle Inder etwas Vorgegebenes, etwas ganz Selbstverständliches, und man will an ihr auf jeden Fall festhalten — man stelle sich dasselbe einmal auf das Verhältnis Bundesrepublik—DDR übertragen vor, und sehr schnell wird dabei klar, daß unser vereinfachender Ost-West-Maßstab zumindest in Asien völlig falsch ist.

Auch die religiösen Kräfte Indiens arbeiten in der Friedensbewegung mit. Ich war von dem geistlichen Oberhaupt der „National Church of India“, Erzpriester Dr. Williams, eingeladen worden, in seiner Kirche in Bombay zu predigen. Nicht nur Christen saßen dort unter meiner Kanzel, sondern auch einige Hindus; als wir uns hinterher unterhielten, erklärten sie mir mit großer Entschiedenheit, für sie sei es selbstverständlich, daß sich gerade ein religiöser Mensch aktiv dafür einsetzen müsse, daß alle Menschen miteinander auskämen — und daß hieße heute nun einmal, daß Ost und West friedlich miteinander leben und daß wir die Drohung des Atomkrieges beiseitigen müßten. Sie baten mich, die Grüße der Inder an die westdeutsche Bewegung gegen Atomrüstung zu überbringen — wir sollten wissen, daß sie sehr glücklich darüber wären, daß es auch in Europa Menschen gäbe, die dasselbe Ziel hätten wie die jungen Völker Asiens:

BEFREIUNG DER WELT VON DER
KRIEGSFURCHT —
UND FRIEDLICHE KOEXISTENZ

Hiroshima mahnt zur Einigkeit

Offizieller Bericht über den Austritt einiger Delegierter aus der 5. Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben in Hiroshima

Die japanischen Veranstalter der 5. Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben im August dieses Jahres haben uns eine offizielle Stellungnahme zu einem bedauerlichen Vorkommnis auf der Konferenz zugeleitet.

Wenn wir aus dem Bericht einige Auszüge veröffentlichen, dann deshalb, weil wir der Meinung sind, daß es leider einige Persönlichkeiten in der Bewegung gegen den Atomtod zu geben scheint, die alles versuchen, um die Einheit der Bewegung zu stören, ja nach Möglichkeit die Bewegung zum Stillstand zu bringen.

Das Präsidium des „Ständigen Kongresses aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik“ hat vom Tage seiner Wahl an durch den Gelsenkirchener Kongreß am 15. Juni 1958 immer wieder versucht, die Zusammenarbeit aller Gegner der atomaren Aufrüstung zu fördern. Unser „Kongreßdienst“ hat alles Material, ganz gleich von welcher Seite, sofort aufgegriffen und allen Gegnern der Atomrüstung vermittelt. Auch die in Japan anwesende Delegation des „Ständigen Kongresses“ entsprach durchaus diesen Bestrebungen. Um so bedauerlicher ist es, daß ausgerechnet ein Landsmann von uns, ein Deutscher namens Rolf Schroers, in Japan der Inspirator der von den Japanern geschilderten Vorfälle zu sein scheint. So schlecht es an sich schon ist, daß wir wieder einmal in der Weltöffentlichkeit die deutsche Zwietschacht so schön sichtbar demonstrieren, so leidet auch die internationale Zusammenarbeit der Atomrüstungsgegner unter solchen Vorfällen. Schon aus diesem Grunde fühlen wir uns verpflichtet, unseren deutschen Bürgern die beschämenden Details der japanischen Stellungnahme zur Kenntnis zu geben.

D. Red.

Die 5. Weltkonferenz in Hiroshima, an deren Vorkonferenz vom 1.—3. August sich etwa 200 Delegierte und an deren Hauptkonferenz vom 5. bis 7. August sich ungefähr 10 000 Delegierte beteiligten, wurde von einigen westlichen Delegierten vorzeitig verlassen.

Diese Tatsache verbreitete sich blitzschnell über die ganze Welt, und mehrere ausländische Zeitungen veröffentlichten sensationelle Artikel hierüber, ohne über den Kongreß selbst Bericht zu erstatten. Da diese Nachrichten einen völlig falschen Eindruck hervorrufen können, hält es der „Japanische Rat“ als Förderer der Bewegung gegen die nukleare Aufrüstung in Japan für seine Pflicht, die Gegebenheiten im einzelnen mitzuteilen, damit andere Teilnehmer und Organisationen über die Tatsachen nicht im Zweifel sind.

Das Ausscheiden muß als bewußt und geplant gekennzeichnet werden. Ständig wurden Gesichtspunkte der Unstimmigkeit und nicht der Übereinstimmung gesucht. Dies wird deutlich beim sorgfältigen Lesen des Briefes und beim Vergleichen der Tatsachen, die in diesem Bericht dargestellt werden. Die Absicht, die Konferenz zu verlassen, wurde von Herrn Schroers schon am 1. Tag zu mehr als einer Person geäußert.

Frl. Stern repräsentierte die Bewegung „Kampf dem Atomtod“ einzig durch Empfehlung und Beglaubigung von Herrn Schroers. Durch einen offiziellen Brief von Dr. Menzel, dem Präsidenten von „Kampf dem Atomtod“, war der Kongreß dahingehend informiert worden, daß diese Organisation keinen Delegierten stellen würde.

Mr. Goss vertrat offiziell die englische Bewegung für nukleare Abrüstung und hielt in dieser Eigenschaft eine Begrüßungsansprache bei der Eröffnungskundgebung.

Herr Schroers war durch die europäische Föderation gegen nukleare Bewaffnung beglaubigt, aber es gab kein Beweisstück irgendeiner Autorität, die Konferenz zu verlassen oder, wenn es schon dazu kam, die vertretenen Organisationen durch diesen Schritt zu kompromittieren.

Es muß angenommen werden, da das Gegenteil nicht beweisbar ist, daß er selbständig und in eigener Verantwortung handelte und daß die betreffenden Organisationen von diesem Entschluß nicht informiert waren.

Mr. Young vertrat keine Organisation; wir glauben, daß er gegenüber der liberalen und demokratischen Tradition seiner Zeitung (Manchester Guardian) sich illoyal verhielt wie auch gegenüber seinem Bürger, Lord Simon of Sythenshawe, indem es fast so aussehen konnte, als hätte dieser Teil an dem geschmiedeten Komplott durch seine schriftliche Beihilfe.

Mr. Theuer aus den USA, Beobachter für die F.O.R., war in gar keiner Weise dazu in der Lage, den Wert oder Unwert des Ausscheidens der anderen Personen zu erkennen, und die Verbindung seines Namens mit den anderen läßt vermuten, daß Überredung angewandt worden ist. Er war kaum 3 Stunden auf dem Kongreß. Während dieser kurzen Zeit fand keine Sitzung statt außer der Eröffnungskundgebung, an der er aber nicht teilnahm. Seine Handlungsweise ist daher unbegreiflich.

Die Tatsachen

Am Abend des 5. August — die Vorkonferenz war bereits am 3. August abgeschlossen — versammelten sich 10 000 japanische Delegierte zusammen mit ausländischen Delegierten von 23 Ländern zur Eröffnung der Hauptkonferenz im Peace Memorial Park von Hiroshima. Es wurden gerade die Ansprachen von Prof. L. Pauling, Dietrich Keuning und N. Kovalev gehalten. In dieser bedeutungsvollen Stunde des Kongresses wurde dem Präsidenten der Konferenz, Prof. Yasui, ein Brief überreicht.

Hier ist der Inhalt des Briefes:

An Herrn Prof. K. Yasui

Wir 6 Delegierte und Beobachter scheidern hiermit mit Bedauern aus der Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben in Hiroshima aus. Wir sind namentlich Herr Schroers, Vertreter der europäischen Föderation gegen nukleare Bewaffnung, welche die Einzelbewegungen von England, Westdeutschland, Holland, Belgien, Frankreich, die Schweiz, Norwegen, Schwe-

den, Italien und Österreich in sich vereinigt; Arthur Goss, Vertreter der britischen Bewegung gegen nukleare Bewaffnung; Frl. Stern, Vertreterin der deutschen Bewegung „Kampf dem Atomtod“; Wayland Young, unabhängiger britischer Schriftsteller, Mr. Bristol, Beobachter für das amerikanische Freundschafts-Komitee (durchgestrichen!) und Mr. Theuer, Beobachter für die Versöhnungsbewegung.

Wir sind zu diesem unwillkommenen Schritt durch die Tendenz des Kongresses gezwungen worden, Beschlüsse vorzuschlagen und anzunehmen, welche nach unserer Meinung mehr damit zu tun haben, die Länder des westlichen Blocks für ihre Politik zu verurteilen als mit der weltweiten Verkündigung nuklearer Entwaffnung. Wir haben darum gebeten, daß die Konferenz sich entweder unparteiisch oder überhaupt nicht mit politischen Fragen beschäftigt.

Im Besonderen verweisen wir auf die Tatsache, daß der Bericht der Vorkonferenz Japan und Westdeutschland aufruft, keine Atomwaffen zu besitzen, während China darin nicht erwähnt wird, obwohl China, seiner eigenen Erklärung nach, in einigen Jahren Atomwaffen selbst besitzen wird. Es war dieser eine unter anderen Punkten, welcher uns veranlaßte, einen Antrag mit unserer abweichenden Meinung zu diesem Bericht einzubringen.

Wir haben ebenso mit Bedauern die ständige Ausklammerung von Herrn Schroers zur Kenntnis genommen, der als Vertreter von 10 Nationalbewegungen oben angeführt ist und der trotz unserer Bitte weder zum Organisations-Komitee noch zum Redaktions-Komitee zugelassen wurde.

Endgültig zu unserer Entscheidung zwang uns unser Unvermögen darin sicherzugehen, daß die Ausarbeitung des Hiroshima-Appells zeitig genug vor dem Ende der Konferenz erfolgte und eine ausgiebige Diskussion ermöglichte.

Indem wir Ihnen zum Schluß die aufrichtige Versicherung unserer beständigen und hingebungsvollen Ergebenheit in der Sache der nuklearen Abrüstung geben, bedauern wir die Differenzen zwischen unserer politisch neutralen Meinung zu der Auffassung der Majorität der Konferenz, die uns politisch voreingenommen erscheint, so daß wir unsere weitere Mitarbeit aufkündigen.

Der Brief war nicht unterschrieben! Trotz seiner Bedeutung zeichnete keiner dafür verantwortlich. Er enthielt 6 Namen, doch noch während der Begrüßungskundgebung kam Mr. Bristol zu Prof. Yasui und bat darum, seinen Namen auszustreichen. Dies wurde dementsprechend getan.

Sobald dieser Brief zur Kenntnis kam, machten sich zahlreiche Exekutiv-Mitglieder des Japanischen Rats, unter ihnen Mr. Fukushima, Vizepräsident des Organisations-Komitees, und Mr. Hatanaka, Sprecher für die Presse, sowie mehrere ausländische Delegierte auf den Weg zum Hotel, wo schon eine Pressekonferenz stattgefunden hatte.

Diese Tatsache wurde als Begründung angegeben, weshalb man sich nicht mehr verständigen könne.

Eine solche Inszenierung des Austritts, der unlogische und nicht akkurat gehaltene Inhalt des Briefes ebenso wie die plötzliche Handlungsweise, der keine Unterredung mit ausschlaggebenden Persönlichkeiten auf der Konferenz vorangegangen war, wirft ein recht zweifelhaftes Licht auf die Akteure und führt zu den schon angedeuteten Rückschlüssen.

Zum Brief selbst ist zu sagen:

Die Ausscheidenden verließen die Konferenz, bevor überhaupt feststand, welcher Wortlaut beschlossen und veröffentlicht werden sollte. Alle japanischen und ausländischen Delegierten waren aufrichtig darum bemüht, nukleare Entwarnung zu ermöglichen und die Gefahr des Atomkrieges zu bannen. Vertreter der USA, Englands, UdSSR, Indiens, UAR, Ghanas, Südamerikas, Westdeutschlands, Australiens etc. waren beteiligt. Um die Erhaltung des Friedens ging es bei den Diskussionen. Es war Aufgabe der Vorkonferenz, die unterschiedlichen Meinungen, die zum Ausdruck kamen, wiederzugeben und in einer Zusammenfassung der Hauptkonferenz vorzutragen. Ohne gegenseitige Absprechung wurden die unabhängigen Meinungen geäußert, und Herr Schroers und Mr. Goss hatten daran teilgenommen. Es ist nicht zu verwundern, daß viele unterschiedliche Auffassungen geäußert wurden, und die Absurdität, hieraus eine Voreingenommenheit der Vorkonferenz abzuleiten oder sie in eine Minorität und Majorität aufzusplitteln, liegt auf der Hand. Mr. Goss war bei der Zusammenstellung der Diskussionsergebnisse im Redaktionskomitee zugegen, und man ging sogar soweit, Mr. Young und Herrn Schroers Meinung einzuholen, um ihrer Unterstützung der Schrift sicher zu sein. Das Ergebnis waren die in der Empfehlung dargelegten „Prinzipien“, die in der Plenarsitzung der Vorkonferenz am 3. August einstimmig angenommen wurden, einschließlich der Stimmen von Mr. Goss, Mr. Young und Herrn Schroers.

Die ausgeschiedenen Konferenzteilnehmer behaupten, daß die Konferenz sich geweigert habe, die beabsichtigte Atomrüstung Chinas zu verurteilen. In der Vorkonferenz hatten weder Herr Schroers, Mr. Young oder Mr. Goss China erwähnt. Das Redaktionskomitee war nicht in der Lage, bei der Zusammenfassung der Ergebnisse nachträglich diesem Wunsche zu entsprechen. Mitglieder des Redaktionskomitees wiesen darauf hin, daß man sich dann ja auch mit der beabsichtigten Atomrüstung Schwedens und der Schweiz beschäftigen müsse.

Diese Ansicht wurde auch von Mr. Goss angenommen. Er beteiligte sich weiterhin an den Arbeiten.

Der Bericht des Redaktionskomitees wurde am 3. August dem Plenum der Vorkonferenz zur Betrachtung vorgelegt, das Schriftstück wurde noch diskutiert und verbessert. Aber bevor diese Vollsitzung begonnen hatte, wurde bekannt, daß Mr. Goss, Mr. Young, Herr Schroers und Fr. Stern mit dem Schriftsatz nicht zufrieden seien und daß sie die Konferenz verlassen würden, wenn es in dieser Form vorgelegt werden würde. Diese Tatsache wurde den Konferenzteilneh-

mern durch Delegierte der japan. Sozialdemokr. Partei beigebracht. Es war für alle ein Schock. Mr. Goss war ja selbst dabeigewesen, als das Dokument vom Redaktionskomitee ausgearbeitet worden war! In der vorgesehenen Plenarsitzung sollten Verbesserungen vorgeschlagen werden. In der Tat wurden zahlreiche Meinungen von Delegierten zur Abänderung des Schriftstückes in der verspätet eröffneten Plenarsitzung der Vorkonferenz vorgebracht. Wir waren beunruhigt durch die Drohung des Ausscheidens zu diesem Zeitpunkt, zu dem der Bericht noch nicht fertiggestellt worden war, und er erschien uns unnötig und nicht gerechtfertigt. Wir versuchten eine Einigung, die auch dadurch zustande kam, daß die gesonderten Ansichten der „Opposition“ in den Bericht an die Hauptkonferenz mit aufgenommen wurden. Nun schienen alle Schwierigkeiten überwunden.

In dem Brief wird ferner erwähnt, daß es Herrn Schroers nicht möglich war, in dem Organisationskomitee oder Redaktionskomitee mitzuarbeiten. Er hatte sich jedoch schon für das

ginnen. Dieser Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt. Auch Mr. Goss unterstützte den Antrag Dr. Vigiers nicht.

Ausgerechnet die Verschiebung der Ausarbeitung des Hiroshima-Appells wird in dem Brief der Abtrünnigen als Begründung dafür erwähnt, weshalb man nicht mehr mitmachen könnte. Am Tage, als die Hauptkonferenz eröffnet wurde, erhielt der Bürgermeister von Dortmund, Keuning, sogleich nach Beendigung seiner Ansprache einen Brief von Schroers, worin dieser ihn dringend auffordert, die Konferenz zu verlassen. Derselbe Vorschlag wurde mehreren japanischen Delegierten gemacht. Man kann daraus den naheliegenden Schluß ziehen, daß die Absicht vorlag, Streit und Zwietracht zu säen und eine Spaltung in die Konferenz zu bringen.

Das Ergebnis der Konferenz

Obwohl sehr viele unterschiedliche Meinungen von Delegierten geäußert wurden, so gab es doch keine Stimme für die Abtrünnigen. Im Gegenteil, man verdammt ihre Handlungsweise allgemein.

Alle anderen Delegierten nahmen

An den
Bundeskongreß des
Deutschen Gewerkschaftsbundes
Stuttgart

8. Sept. 1959

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ihr Kongreß findet statt in einer entscheidenden Zeit. Wie Sie wissen, beginnen in Kürze Gespräche weltweiten Ausmaßes über die Frage, wie eine bewaffnete Auseinandersetzung vermieden werden kann, unter welchen Bedingungen es gelingen möge, zu einer friedlichen Zusammenarbeit auf lange Zeit zu kommen.

Angesichts dieser Sachlage ist die noch immer nicht abgesagte westdeutsche Atomrüstung ein wesentliches Hindernis für den Beginn einer neuen Menschheitsperiode. Es ist allen Menschen unserer Bundesrepublik klar, daß es niemals eine gesamtdeutsche Verständigung geben kann, wenn die atomare Aufrüstung in unserem Teile Deutschlands beibehalten wird.

In dieser Situation hat unserer Meinung nach der Deutsche Gewerkschaftsbund als größte geschlossene Organisation eine ungeheure nationale Verantwortung. Wenn der Deutsche Gewerkschaftsbund zu der Atomrüstung eindeutig nein sagt und auch bereit ist, notfalls die organisatorischen Konsequenzen aus der Verantwortung vor dem ganzen deutschen Volk zu ziehen, dann wird es keine atomare Aufrüstung der Bundesrepublik mehr geben.

Wenn der DGB sich entschließen könnte, seinen entscheidenden Anteil an der weltweiten Entspannung zu leisten, dann befindet er sich im vollen Einklang mit den Zukunftsperspektiven unserer Welt.

Wir möchten dem Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in diesem unserem Schreiben noch einmal ausdrücklich sagen, daß uns seit dem Beginn des Kampfes gegen die atomare Aufrüstung von sehr sehr vielen Gewerkschaftseinheiten sympathisierende Adressen zugeleitet wurden. Es entspricht dem Sinn und der Aufgabe Ihres Kongresses, den Willen der Gewerkschaftsmitglieder zu erfüllen.

In diesem Sinne senden wir Ihnen unsere hoffnungsvollen Grüße und wünschen Ihnen auch für die Lösung der anderen dringenden Probleme einen guten Erfolg.

Mit vorzüglicher Hochachtung
i. A. des Präsidiums des „Ständigen Kongresses“
gez. Karl Ludwig O p i t z.

Präsidium entschieden. Ein Austausch der Funktionen wäre durchaus möglich gewesen und ist Herrn Schroers auch angeboten worden. Er hatte abgelehnt. Aber Mr. Goss war Mitglied der Redaktionskommission.

Die Ausarbeitung des Hiroshima-Appells wurde auf den 6. August auf Wunsch des Organisationskomitees verschoben. Der Grund dafür war die Absicht, erst die Diskussion auf der Hauptkonferenz abzuwarten. Der französische Delegierte, Herr Dr. Vigier, hatte den Antrag gestellt, nicht so lange mit der Ausarbeitung zu warten, sondern sofort damit zu be-

jede Gelegenheit wahr, einen konstruktiven Standpunkt in den Diskussionen zu vertreten, und der Hiroshima-Appell und andere Beschlüsse wurden einstimmig angenommen. In dem Ziel, den Frieden zu erhalten, war die einigende Tendenz größer als kleine Uneinigigkeiten. Berichte über die Konferenz fanden sich auf allen Titelseiten der japanischen Zeitungen, und der Hiroshima-Appell wurde von vielen wortwörtlich abgedruckt. Sogar jene Zeitungen, von denen man hätte erwarten können, daß sie die Abreise der Delegierten begrüßt hätten, widmeten ihnen nur geringe Aufmerk-

samkeit und brachten statt dessen ihr Bedauern und ihre Kritik an der Handlungsweise deutlich zum Ausdruck.

Prof. Linus Pauling, USA, hat zu den bisher geschilderten Vorfällen einen Brief geschrieben, der in der japanischen Presse weite Verbreitung fand. Er ist bezeichnend für die allgemeine Reaktion.

Prof. Pauling: Der Bericht über das Interview mit 2 britischen und 2 westdeutschen Delegierten von der 5. Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben in Hiroshima, die die Konferenz vorzeitig verließen, hat mich schockiert.

Es wird festgestellt, daß sie in Opposition zu der Konferenz gerieten, weil diese zwar vor der Atombewaffnung Japans und Westdeutschlands warnte, ohne jedoch die nukleare Aufrüstung Chinas zu erwähnen.

Ich bin der Ansicht, Ihre Leser können diese Angelegenheit nur dann richtig beurteilen, wenn sie den Hiroshima-Appell im Wortlaut lesen. Er wurde von der Konferenz angenommen, und ich bitte Sie, ihn als Teil meines Briefes zu veröffentlichen.

Dieser Appell ist nach meiner Ansicht ein gutes Dokument. Er fordert Neutralisierung von West- und Ostdeutschland, Japan und anderer Län-

der, wendet sich gegen atomgerüstete Länder und bittet sie um Abrüstung. Der Appell erscheint mir gerecht gehalten, und ich kann nicht verstehen, wie Vertreter der britischen und europäischen Bewegung gegen nukleare Bewaffnung versäumen konnten, ihn zu unterstützen.

L. P.
Die Schriftstücke von der Konferenz haben die Richtlinien festgelegt, die die führenden Prinzipien der Völker sind oder sein werden. Der Austritt, der von einzelnen Abtrünnigen für nötig befunden wurde, damit eine Isolierung der Konferenz vermieden wurde, hat diese nur selbst isoliert sowohl von den anderen Delegierten wie auch von der Volksbewegung gegen A- und H-Bomben in diesem Land. Der Austritt konnte der Konferenz kaum Schaden zufügen, im Gegenteil. Augenscheinlich festigte er die gemeinsamen Anstrengungen in der hiesigen Bewegung. Aber die Tatsache als solche ist zu bedauern. Wir bedauern den Austritt, nicht die Personen der Austretenden... So mußte der Eindruck entstehen, sie taten die Arbeit für die, die die nuklearen Waffen unterstützen.

Wir taxieren nicht die Spaltungsarbeit der Abtrünnigen; von der organisier-

ten Weise ihres Austretens her müssen wir annehmen, daß einer darunter war, der mit Absicht der Bewegung gegen nukleare Waffen Schaden zufügen wollte.

Wir erinnern uns an die Ansprache von Mr. Goss, die bei allen Delegierten einen tiefen Eindruck hinterließ. Wir hoffen, daß eine so geradlinige Persönlichkeit wie er den Schaden wieder gutmachen und in der Bewegung weiter mitarbeiten wird.

Wir wünschen, daß alle Mitglieder der Bewegung in England und Westdeutschland diese einzelnen Tatsachen erfahren und das Benehmen der Abtrünnigen studieren. Wie schon immer, so sind wir auch weiterhin darum bemüht, eine feste Verbindung zu solchen Bewegungen in anderen Ländern aufrechtzuerhalten. Wenn diese unverantwortliche Handlungsweise der Zusammenarbeit im Wege ist, so wäre das nicht nur für uns, sondern für alle Menschen eine Tragödie. Wir bitten alle befreundeten Organisationen, dies nicht geschehen zu lassen.

Tokyo, 1. September 1959

Der Japan. Rat gegen
A- und H-Bomben

Aus dem Englischen übersetzt und gekürzt. D. Red.

... und dann wird auch gleich gehängt Wenn die erste A-Bombe fällt – was sagt das Völkerrecht?

Wir veröffentlichen an dieser Stelle eine interessante Diskussion, die in Hamburg zwischen dem Völkerrechtler Prof. Menzel und einem Beauftragten von Minister Strauß um die völkerrechtlichen Aspekte der Anwendung von Atomwaffen geführt wurde. Die Diskussionsleitung hatte Prof. von Weizsäcker. Der Bericht aus der „Welt“ wirft interessante Probleme auf. Wir würden uns freuen, wenn unsere Leser uns ihre Meinung schreiben würden. Die Diskussion muß ständig weitergeführt werden.

Hamburg, 14. Juni

Es ging um die Legalität der Atomwaffen. Eingeladen hatte der Kongreß für die Freiheit der Kultur, und eingefunden hatten sich am Freitagabend im Hörsaal A der Hamburger Universität: Professor Menzel aus Kiel, Professor von Weizsäcker aus Hamburg, zwei Herren aus Bonn, die ihren Chef, Franz Josef Strauß, vertraten, rund 500 Hamburger aller Altersklassen und Professor Snell als Diskussionsleiter. Ursprünglich wollte Franz Josef Strauß selbst mit dem Kieler Völkerrechtler Menzel, der seit Jahren ebenso hartnäckig wie erfolglos die These vertritt, daß die „Erstanwendung von Kernwaffen“ völkerrechtswidrig ist, die Klinge kreuzen. Aber dann kam der Parteitag der CSU dazwischen, und Strauß ließ sich durch einen Juristen, Dr. J. Hinz, und einen Offizier, Oberst A. Schindler, vertreten. Ihre Aufgabe war es, die Attacken der Paragraphenreiter gegen die Atomstrategie der NATO abzuwehren.

Um es vorweg zu nehmen, diese Abwehr gelang nur sehr mangelhaft. Aber die NATO-Strategen können trotzdem ruhig schlafen; denn es gibt niemand, der sie zwingen könnte, auf die Meinung der Völkerrechtler Rücksicht zu nehmen. Wie die Professoren über den Krieg denken, wird für die Politiker und Generäle immer erst nach dem Krieg von entscheidender Bedeutung; und dann wird auch gleich gehängt. Für die Professoren mag es ein Trost sein, daß sie schon im Frieden an Paragraphenstricken drehen dürfen, an denen die Politiker und Generäle,

wenn sie den Krieg verlieren, gehängt werden; aber es ist ein schwacher Trost. Wes Geistes Kinder die Zuhörer waren, wurde klar, als von Weizsäcker sagte: „Unser Endziel muß die totale Abschaffung des Krieges sein.“ Es war der am lautesten applaudierte Satz des Abends. Professor von Weizsäcker erschrak. So einfach hatte er es nicht gemeint. Er wollte sagen, daß die Abschaffung der Atomwaffen nicht genüge, daß man „mit der Bombe leben“, oder Krieg und Atomwaffen zusammen abschaffen müsse. Er verabscheut den Krieg womöglich noch mehr als die Atomwaffen, obwohl er sein Göttinger Versprechen wiederholte, nie selbst bei der Herstellung von Atomwaffen mitzuwirken.

„Der Krieg“, sagte er, „hat nie aufgehört, eine Weise des Mordens zu sein.“ Und wenn die Furchtbarkeit der Atomwaffen den Menschen die Augen öffnet — endlich weit genug öffnet — über die Sinnlosigkeit des Krieges, dann heißt er diese neuen Waffen sogar bedingt willkommen: „Zum erstenmal in der Weltgeschichte ist die Abschaffung des Krieges eine Möglichkeit, weil sie zum erstenmal in der Weltgeschichte (dank der Atomwaffen) eine Notwendigkeit ist.“

Obwohl hier doch ein Funken Hoffnung aufglühte, rührte sich diesmal kaum eine Hand zum Applaus. Dafür waren die Gesichter um so nachdenklicher, und das war von Weizsäcker lieber. Nachsichtig und gütig blickten seine blauen Augen aus dem sonnengebräunten Gesicht unter silbernem Haar auf die Glaubenden und Hoffenden.

Viertel nach acht hatte die Diskussion begonnen und endete nach zehn Uhr, aber niemand gähnte oder zählte die Minuten. Auch nicht, als der vierschrittige Kieler Völkerrechtler, Professor Menzel und sein Gegner, der verbindliche Dr. Hinz aus Bonn sich mit spitzen juristischen Pfeilen beschossen. Die Aufgabe für den Mann aus Bonn war nicht leicht. In einem ausführlichen Referat hatte Menzel alle Argumente für die Legalität der Kernwaffen zerlegt und eine eindrucksvolle Phalanx von ausländischen Kollegen für seine Meinung ins Feld geführt. Dr. Hinz konnte nicht viel mehr tun, als sagen, es gäbe auch Völkerrechtler, die anderer Meinung seien. Da es immer Juristen gibt und geben wird, die anderer Meinung sind, überzeugte dies Argument nicht recht. Dr. Hinz focht auch sonst nicht sehr glücklich. Er bestritt mehr als er stritt; sein stärkstes Argument, daß man die Bemühungen um ein ausdrückliches Verbot der Atomwaffen gefährde, wenn man, wie Professor Menzel, behaupte, sie seien schon verboten, führte er, statt gleich zu Anfang, erst ganz am Schluß ins Treffen. Das Publikum war auch nicht nett zu ihm. Es zischte fast nach jedem wichtigen Satz.

Professor Menzel behauptete nicht, daß Herstellung, Besitz und Lagerung von Atomwaffen völkerrechtswidrig seien. Er erhob auch keinen Einwand gegen die Feststellung des militärischen Vertreters des Bundesverteidigungsministeriums, Oberst Schindler, daß dann auch die „atomare Ausrüstung und Ausbildung der Bundeswehr“ erlaubt sein müsse. Es ging ihm lediglich um den ersten Atomschuß. Wer den abfeuert, sagte er, stellt sich außerhalb der Ordnung des Völkerrechts. Daß dieser juristische Schuß die NATO-These: westliche Kernwaffen

Briefwechsel Chruschtschow - Adenauer

Die Befürworter der atomaren Aufrüstung haben die Atomrüstung der Bundeswehr stets mit der Behauptung begründet, daß man mit einem Angriff der Sowjetunion auf die Bundesrepublik rechnen müsse. Um von vornherein diese Absicht zu vereiteln, sei die Atomrüstung nötig. Bei einer solchen Meinung verwunderte es nicht, daß vor noch nicht langer Zeit unser Bundeskanzler Konrad Adenauer davon sprach, daß die Sowjetunion „unser Todfeind“ sei.

Andererseits hatten die sowjetischen Politiker darauf hingewiesen, daß es Kräfte in der Bundesrepublik gäbe, die mit Hilfe der atomaren Aufrüstung eine Revanchepolitik gegen die Sowjetunion betreiben wollten. Alles Reden von der Verteidigung sei nur Tarnung, um in Wirklichkeit sich auf einen neuen Angriff auf die Sowjetunion vorzubereiten. Daß der sowjetische Regierungschef diese Auffassung noch immer vertritt, zeigt ein Bericht über seine Äußerungen während der Reise in den USA:

„Sie müssen begreifen, daß wir an die mit dem Fehlen eines Friedensvertrages verbundenen Gefahren erinnern, nicht etwa, weil wir vor den deutschen Militaristen Angst hätten. Wir sind stark genug, um Revanchisten zu bändigen und notfalls zur Besinnung zu bringen. Sie müssen aber zugeben, daß man die Tatsache nicht ignorieren kann, daß gewisse Kreise Westdeutschlands Pläne schmieden, die Sowjetunion mit anderen Staaten kollidieren zu lassen, die Beziehungen zwischen ihnen zuzuspitzen, die Welt im Zustand internationaler Spannung zu halten.“

Inzwischen hat der Briefwechsel stattgefunden, der als echte politische Sensation empfunden wurde. Der Ministerpräsident Chruschtschow hatte in einem persönlichen Brief an den Bundeskanzler seine Auffassung dargelegt, weshalb es noch zu keiner Verbesserung des Verhältnisses zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland gekommen sei. Bundeskanzler Adenauer hat darauf mit einem persönlichen Schreiben geantwortet. Entgegen der oben zitierten Äußerung vom „Todfeind“ spricht Konrad Adenauer davon, daß er unter bestimmten Voraussetzungen den Kommunismus durchaus als wirtschaftliche Notwendigkeit für einen Staat ansehen könne und daß er diese Gesellschaftsform keineswegs hasse, wie Herr Chruschtschow behauptet habe.

Auch wir empfinden diese Erklärung unseres Bundeskanzlers als „sensationell“. Bisher sind die Gegner der Atomrüstung stets als Lakaien des Kommunismus mehr oder weniger bezeichnet worden. Daß nun ausgerechnet der Kanzler solche verständnisvollen Worte an den sowjetischen Regierungschef richtet, läßt uns doch erstaunen. Kein Gegner der atomaren Aufrüstung hat sich bisher ähnlich lobenswert geäußert.

Wir würden es sehr bedauern, wenn sich in der nächsten Zeit herausstellen sollte, daß es eben nur Worte waren, denen keine Taten folgen. Wenn sie lediglich den Zweck hatten, als taktisches Manöver dem sowjetischen Ministerpräsidenten die Argumente in den USA zu entziehen, so wird die negative Wirkung auf das Verhältnis zwischen den beiden Staaten in der Zukunft entsprechend sein.

Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß unsere Leser sich für den gesamten Wortlaut der beiden Schreiben interessieren. Aus diesem Grunde veröffentlichen wir die Briefe in vollem Wortlaut. Da der Brief Chruschtschows vollständig aus dem „Neuen Deutschland“ (dem Zentralorgan der SED) und das Schreiben Bundeskanzler Adenauers aus der „Welt“ übernommen wurde, kann man sich wohl auf die zuverlässige Wiedergabe verlassen. D. Red.

Fortsetzung von Seite 9

gegen die östliche Überlegenheit in konventionellen Waffen, mitten ins Herz trifft, ist ihm klar, aber er kann es nicht ändern. Die NATO-Strategen haben die Völkerrechtler nicht gefragt, bevor sie sich zur „atomaren Umrüstung“ entschlossen.

Aber gibt es denn keine Alternative zu einem völkerrechtlich zum mindesten so umstrittenen Verfahren wie dem ersten Atomschuß und der Verteidigungslosigkeit? Doch, es gibt eine Alternative, sagte von Weizsäcker, aber sie kostet Geld. Die Alternative wäre „eine konventionelle Aufrüstung bis zur Ebenbürtigkeit mit dem Osten“. Will der Westen das, will er die notwendigen Opfer bringen, oder will er sich eines Tages sagen lassen, er habe lieber das Völkerrecht verletzt und sei lieber auf dem Weg in die Hölle des Atomkriegs voranmarschiert, als den Leibriemen enger zu schnallen?

Diese Frage blieb unbeantwortet im leeren Raum stehen, als Diskutierende und Zuhörer gegangen waren. Aber sie wird dort nicht bleiben, denn sie geht alle Menschen im Westen an.

„Die Welt“

Ministerpräsident Chruschtschow:

Sehr geehrter Herr Adenauer!

Ich erlaube mir, dieses Schreiben an Sie zu richten, obwohl unsere Ansichten auseinandergehen und es zu meinem aufrichtigen Bedauern nicht so gekommen ist, wie ich seinerzeit annahm, daß es kommen müßte, als ich mit Ihnen in Moskau zusammentraf. Wir führten dort recht erfolgreiche Verhandlungen, die mit der Annahme eines für beide Seiten vorteilhaften Abkommens über die Normalisierung der Beziehungen zwischen unseren Ländern ihren Abschluß fanden. Ich glaubte damals, das Ergebnis dieser Verhandlungen werde ein guter Anfang für die weitere Entwicklung unserer Beziehungen sein. Die Gespräche, die ich mit Ihnen führte, verliefen nicht immer glatt, doch wenn man sie nach den Endergebnissen unserer Verhandlungen beurteilt, waren sie fruchtbar. Deshalb nahm ich an, daß man sich mit Ihnen als einem realistisch denkenden Menschen (so schien es mir damals) einigen und zu einem Einkommen in allen ungelösten Fra-

gen gelangen kann, die unsere Länder betreffen, um die Atmosphäre für gute, freundschaftliche Beziehungen zwischen der Deutschen Bundesrepublik zu reinigen.

In der Vergangenheit waren die Beziehungen zwischen unseren Völkern zeitweise gut und zeitweise schlecht. Zuweilen waren sie sogar sehr freundschaftlich. Es gab Zeiten, da wir miteinander umfangreichen Handel trieben und uns der Segnungen des Friedens erfreuten. Es gab aber in der Geschichte der Beziehungen unserer Völker auch düstere Kapitel — blutige Kriege zwischen unseren Völkern, in denen das deutsche Volk die unvernünftige Politik seiner Regierungen mit seinem Blut bezahlen mußte.

Entscheidende Etappe in den Beziehungen

Wir befinden uns jetzt in einer entscheidenden Etappe der Beziehungen zwischen unseren Ländern. Die Frage lautet folgendermaßen: Sind wir imstande, eine sachliche Zusammenarbeit aufzunehmen und das Vertrauen wiederherzustellen, ungeachtet der zwischen uns bestehenden Meinungsverschiedenheiten, die hauptsächlich ideologischer Art sind?

Manche Staatsmänner Westdeutschlands erklären, daß sie keine Ansprüche auf das Territorium der Sowjetunion und ihrer Freunde haben und nicht beabsichtigen, die durch die Zerschlagung und die Kapitulation Hitler - Deutschlands entstandenen Grenzen zu revidieren, durch die die historische Gerechtigkeit in der territorialen Frage wiederhergestellt worden ist. Wenn die Äußerungen dieser Politiker aufrichtig sind und wenn Sie persönlich und Ihre Regierung die gleiche Auffassung vertreten, trennen uns faktisch nur Gegensätze ideologischer Art. Doch Meinungsverschiedenheiten in der Ideologie, im Glaubensbekenntnis, gab es immer. In der heutigen Zeit glaubt kein vernünftig denkender Mensch, daß es notwendig ist, sie durch einen Krieg zu überwinden.

Die wirtschaftlichen Interessen unserer Staaten erfordern ebenfalls freundschaftliche Beziehungen. Wir wissen, daß das deutsche Volk ein begabtes Volk ist und sein Land wirtschaftlich zu einem der führenden Länder der Welt gemacht, Industrie, Kultur, Wissenschaft und Technik auf ein hohes Niveau gehoben und einen verhältnismäßig hohen Lebensstandard erreicht hat.

Auf wirtschaftlichem Gebiet verbanden uns stets intensive Beziehungen, was für unsere beiden Länder zum Vorteil war. Wir waren keine Konkurrenten. Im Gegenteil, die Wirtschaft unserer beiden Länder ergänzte sich gegenseitig, und sie kann sich ergänzen. Die Sowjetunion hat unbegrenzte Rohstoff- und Industriesourcen. Wir haben unerschöpfliche Möglichkeiten für die Erzeugung landwirtschaftlicher Rohstoffe und Nahrungsmittel, und die Deutschen könnten mit uns zusammenarbeiten. Eine solche Zusammenarbeit wäre für beide Länder vorteilhaft, und der Wohlstand unserer Völker würde auf ein höheres Niveau gehoben werden.

Ich meine aber, und ich bin überzeugt

davon, daß es in Ihrem Lande leider Kräfte gibt, die auf einem anderen Standpunkt stehen, einem Standpunkt der Revanche und einer Revision der Grenzen. Darauf haben wir wiederholt hingewiesen, und ich brauche keine Tatsachen und Personen aufzuzählen — Sie kennen sie selbst. Ich will offen sein. Ich glaube, daß diese Menschen in einem tiefen Irrtum befangen sind, wie früher auch andere führende Persönlichkeiten des deutschen Staates in Irrtümern befangen waren. Besonders gründlich hat sich die faschistische Hitler-Regierung verrechnet. Sie meinte, ein Feldzug gen Osten sei kein Krieg, sondern ein müheloser militärischer Spaziergang. Doch dieser Spaziergang endete, wie Sie wissen, mit dem Zusammenbruch des deutschen Staates. Jetzt aber sind die Bedingungen für die Neuaufgabe einer solchen abenteuerlichen Politik nicht besser, sondern schlechter.

Zwei deutsche Staaten — eine historische Tatsache

Gegenwärtig gibt es keinen einheitlichen deutschen Staat. Heute bestehen zwei selbständige deutsche Staaten. Sie bestehen wirklich, ich betone das, Herr Kanzler, denn ich kenne Ihre Einstellung zu dieser Frage. Ich weiß ferner, daß Sie sich mit dieser Tatsache nicht abfinden wollen, doch das hängt nicht vom Willen oder Wunsch irgendeines Menschen, sondern von der historischen Entwicklung ab. Es ist sinnlos, zu leugnen, was real ist. Das Bestehen zweier deutscher Staaten ist eine unumstößliche Tatsache. Einer davon entwickelt sich auf kapitalistischer, der andere auf sozialistischer Grundlage. Die Deutsche Demokratische Republik hat mit dem Militarismus, dem Revanchismus und der Aggression gebrochen und konsequent den Weg freundschaftlicher Beziehungen und friedlicher Zusammenarbeit mit allen Ländern eingeschlagen. Die Deutsche Bundesrepublik ist einen anderen Weg gegangen. Die Deutsche Bundesrepublik — wir wollen die Situation richtig einschätzen — ist jetzt im Grunde genommen der Stärkste unter den kapitalistischen Ländern Kontinentaleuropas. Ich beurteile die Stärke nicht nach der Menge an Waffen und Divisionen, sondern nach dem Entwicklungsstand der Wirtschaft, was das Ausschlaggebende ist. Wer eine starke Wirtschaft hat, verfügt auch über die Möglichkeit, eine starke Armee aufzubauen, wenn er das will. Die Deutsche Bundesrepublik, die eine solche Armee noch nicht hat, kann sie aufbauen, wenn sie will, und wir als Realisten geben das zu. Man muß aber in Betracht ziehen, daß, wenn die Westdeutschen alle wirtschaftlichen Möglichkeiten und Menschenreserven ihres Landes einsetzen würden, um die stärkste Armee Westeuropas zu schaffen, die Stärke dieser Armee auch dann nicht der unserer Armee und der Armeen unserer Verbündeten gleichkäme. Sie könnte sich sogar zusammen mit ihren Verbündeten an Stärke und Macht nicht mit uns messen. Ich sage Ihnen das, Herr Kanzler, keineswegs, um Sie einzuschüchtern. Wir beide sind nicht mehr in dem Alter, daß wir einander schrecken könnten, und schon gar nicht in solchen Fragen. Wir beide haben genug Schrecken erlebt, als daß wir zu ihm unsere Zuflucht nehmen würden.

Es gibt zahlreiche historische Tatsachen, die richtig verstanden werden müssen. Ich möchte, daß Sie sie nicht übergehen und daß Sie meine Äußerungen, die auf diesen Tatsachen beruhen, nicht als Drohung auffassen. Nehmen Sie die Landkarte zur Hand und werfen Sie einen Blick auf Europa und die übrige Welt. Sehen Sie sich an, was für eine Kraft die sozialistischen Länder jetzt darstellen, und über sie, über diese Kraft, sind Sie, glaube ich, genügend unterrichtet. Sehen Sie, welche Gipfel die Wirtschaft, die Wissenschaft und die Technik in diesen Ländern erreicht hat.

Ich hoffe, Sie werden nicht sagen, daß ich jemanden bange machen will, wenn ich erwähne, daß die Sowjetunion über eine so starke und hochentwickelte Raketentechnik verfügt, wie sie kein anderes Land auf der Erde besitzt. Das können unsere Erdtrabanten und kosmischen Raketen bestätigen. Unter diesen Bedingungen hieße es Selbstmord begehen und sein eigenes Land vernichten, wollte man strittige Fragen auf dem Wege des Krieges entscheiden, wie dies die militaristischen und revanchistischen Kreise Westdeutschlands offenkundig wollen.

Wenn Hitler die Forderung erhob, „Lebensraum“ zu erobern und das deutsche Volk in den zweiten Weltkrieg stürzte, wobei er zu beweisen suchte, daß die Deutschen diesen Raum brauchten, weil sie sonst nicht atmen könnten und keine Zukunftsaussichten hätten, so war das eine Lüge. Denn es ist eine Tatsache, daß es sowohl Ost- als auch Westdeutschland nach der Zerschlagung der hitlerfaschistischen Kriegsmaschine verstanden haben, auf kleinerem Raum den Lebensstandard zu erhöhen, daß er das Niveau Hitler-Deutschlands wie auch das gegenwärtige Niveau vieler europäischer Länder übertrifft. Das beweist, daß nicht der Lebensraum das Ausschlaggebende ist, sondern die Aktivität und die Kultur des Volkes. Wir sind überzeugt, daß die Unterhaltung freundschaftlicher und friedlicher Beziehungen Westdeutschlands mit den sozialistischen Ländern (ebenso wie mit den übrigen Ländern) die Möglichkeit bieten wird, die Wirtschaft noch mehr zu entwickeln und den Lebensstandard des Volkes zu heben. Ist das etwa eine schlechte Perspektive?

Glimmende Überreste gefährden alle Völker

Was hindert nun daran, diese Perspektive zu nutzen? Was behindert die Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen und die Zusammenarbeit im Interesse des Friedens zwischen der Deutschen Bundesrepublik und den sozialistischen Ländern — und nicht nur den sozialistischen Ländern? Das Haupthindernis bilden gegenwärtig die noch nicht beseitigten glimmenden Reste des zweiten Weltkrieges. Sie nehmen, gleich einem kranken Zahn, der in einem gesunden Menschen ständig Unruhe verursacht, allen Staaten und Völkern und vor allem den Menschen Europas die Ruhe. Man fragt sich, was Sie von der Unterzeichnung eines deutschen Friedensvertrages abhält, der der bestehenden Lage juristische Form geben und Ruhe in das Leben der Staaten und vor allem in das Leben des deutschen Volkes bringen soll, wenn

Ihrer Regierung und Ihnen persönlich revanchistische Ideen fremd sind? Mit unserem Vorschlag, einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen, erstreben wir keine einseitigen Vorteile oder Vergünstigungen für uns und unsere Verbündeten. Die Beseitigung der gefährlichen Reste des zweiten Weltkrieges wird allen zum Nutzen gereichen, sowohl den großen als auch den kleinen Staaten. Und schließlich würde das deutsche Volk den größten Nutzen aus dem Abschluß eines deutschen Friedensvertrages ziehen.

Sie sagen: Solange es kein einheitliches Deutschland gibt, kann man keinen deutschen Friedensvertrag unterzeichnen. Sie behaupten sogar, solange zwei deutsche Staaten bestehen, würde die Unterzeichnung eines Friedensvertrages zur Verstärkung der Spaltung des Landes führen und seiner Vereinigung neue Hindernisse in den Weg legen. Urteilen Sie selbst, Herr Kanzler, ob solche Erwägungen richtig sind: Können Sie sich vorstellen, daß Westdeutschland den sozialistischen Weg einschlagen und die Vereinigung Deutschlands auf dieser Basis erfolgen würde? Ich glaube, Sie lassen eine solche Möglichkeit nicht einmal in Gedanken zu. Vielleicht warten Sie aber darauf, daß Ostdeutschland freiwillig den sozialistischen Entwicklungsweg verläßt, zum Kapitalismus zurückkehrt und sich auf dieser Basis mit der Bundesrepublik vereinigt? Wenn Sie damit rechnen, sind Sie in tiefem Irrtum befangen.

Ihr Haß gegen den Sozialismus und den Kommunismus hindert Sie offensichtlich daran, die historischen Ereignisse richtig zu beurteilen, die sich vor den Augen unserer Generation vollzogen haben. Wenn Sie auch weiterhin Wünsche als Möglichkeiten betrachten und sich davon in Ihrer Politik leiten lassen, wird Ihre Arbeit nicht dazu dienen, die Spannung zu mindern, sondern die Leidenschaften zu entfesseln und einen Konflikt vorzubereiten. In einem solchen Falle handeln Sie allerdings logisch, wenn Sie die Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit den bestehenden beiden deutschen Staaten nicht zulassen wollen und die Aufrechterhaltung des Besatzungsregimes in Westberlin erstreben, um stets einen Konflikt heraufbeschwören zu können. Dann ist auch der Sinn Ihrer Haltung in der Westberlinfrage klar.

Ihre Regierung unternimmt alles, um eine gerechte Regelung dieser Frage zu verhindern und die gespannte Situation in Westberlin aufrechtzuerhalten, obgleich die Deutsche Bundesrepublik weder juristisch noch faktisch mit der Westberlinfrage zu tun hat. Ich benutze diese Gelegenheit, um Ihnen das zu sagen und damit noch einmal die diesbezügliche Haltung der Sowjetunion klarzulegen. Ist kein Friedensvertrag abgeschlossen, bleibt das Besatzungsregime bestehen, und befinden sich Truppen in Westberlin, im Zentrum der Deutschen Demokratischen Republik, so kann man, wenn man will, jederzeit leicht Ereignisse auslösen, die für Deutschland und für die ganze Welt zu einer Katastrophe führen können.

Eine solche Politik trägt nicht zur Vereinigung Deutschlands bei, worauf Sie sich berufen, um Ihre Haltung in der

Frage des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages zu rechtfertigen, sondern vertieft im Gegenteil noch die Kluft zwischen den beiden deutschen Staaten.

Ob Sie die Deutsche Demokratische Republik anerkennen wollen oder nicht, ändert absolut nichts an der Tatsache des Bestehens der Deutschen Demokratischen Republik. Ihre Entscheidung über eine Anerkennung oder Nichtanerkennung ist Sache Ihrer subjektiven Beurteilung, die natürlich nicht die Wirklichkeit bestimmt. Wenn Sie tatsächlich einen realistischen Standpunkt einnehmen und sich in Ihrer Politik von dem Bestreben leiten lassen, alles in Ihren Kräften stehende zu tun, um die Beziehungen zwischen den Staaten zu normalisieren, würden Sie ohne Zögern zugestehen, daß die Reste des zweiten Weltkrieges schnellstens beseitigt und ein Friedensvertrag mit den beiden deutschen Staaten abgeschlossen werden müssen; dann würden Sie auf diese Weise für die Beseitigung der Konfliktherde eintreten, die einen Weltkrieg auslösen können.

Friedensvertrag — Weg zur Wiedervereinigung

Wir sind fest davon überzeugt und haben das bereits mehrmals erklärt, daß der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland einen praktischen Weg zur Lösung der Frage der Vereinigung Deutschlands eröffnen würde.

Die Frage, wie Deutschland zu vereinigen ist, ist für uns eine Streitfrage, in der Sie eine unversöhnliche Haltung einnehmen. Ich möchte Ihnen jedoch ganz offen sagen, daß Sie, wenn Sie tatsächlich an einer positiven Lösung dieser Frage interessiert sind, den Weg verlassen müssen, den Sie so hartnäckig verteidigen.

Sie fordern, Deutschland solle durch die vier Großmächte — die USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion — wiedervereinigt werden. Man kann nicht leugnen, daß die Frage, in welcher Richtung sich Deutschland entwickeln soll — in sozialistischer oder in kapitalistischer —, eine ausschließlich innerdeutsche Frage ist, die nur von der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik gelöst werden kann. Dazu aufzufordern, sie solle von anderen Ländern gelöst werden, bedeutet, zur Anwendung von Gewalt gegenüber einem der beiden deutschen Staaten, das heißt zum Kriege, aufzurufen. Wir sind entschieden dagegen, daß sich andere Mächte in diese innere Angelegenheit der Deutschen einmischen.

Wiedervereinigung kann nur durch die Deutschen entschieden werden

In dem Bestreben, die Wiedervereinigung Deutschlands auf kapitalistischer Grundlage auf Kosten der DDR zu erreichen, schlagen Sie vor, die Lösung dieser Frage einer Gruppe von Staaten zu überlassen, in der die kapitalistischen Staaten drei Stimmen, die sozialistischen aber nur eine Stimme haben. Was würden Sie aber sagen, wenn vorgeschlagen würde, die Lösung der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands einer anderen Gruppe von Staaten, die sich beispielsweise aus Polen, der Tschechoslowakei, China und der Sowjetunion zusammensetzen würde, zu überlassen? Sie

wären natürlich von einem solchen Vorschlag nicht begeistert, weil Sie ganz sicher wüßten, daß sich diese Staaten für die Entwicklung ganz Deutschlands in sozialistischer Richtung aussprechen würden.

Es ist aber nicht schwer zu verstehen, daß sowohl der eine als auch der andere Vorschlag unrealistisch ist.

Daher muß man unvermeidlich zu dem Schluß kommen, daß Sie in Wirklichkeit von einer praktischen Prüfung der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands abgehen, da Sie sich an eine Formel zur Lösung der Frage klammern, mit der die Sowjetunion nicht einverstanden sein kann, oder der, wenn die Sowjetunion damit einverstanden wäre, die Deutsche Demokratische Republik nicht zustimmen würde.

Da Sie, Herr Kanzler, auf einer so vom Leben losgelösten Politik beharren, gibt dies Anlaß zu der Vermutung, daß Sie die Wiedervereinigung Deutschlands in Wirklichkeit gar nicht wollen und nur Gründe zur Fortsetzung des Streits und damit zur Verlängerung des kalten Krieges suchen. Wären Sie ein Anhänger der Wiedervereinigung Deutschlands, dann würden Sie unbedingt Kontakte mit der Deutschen Demokratischen Republik suchen, würden Sie das Gebäude der deutschen Einheit auf festem Fundament errichten, indem Sie mit Kleinem beginnen würden, um zu Großem zu gelangen. Sie fordern das Maximum und möchten dieses Maximum sofort erhalten: die Wiedervereinigung durch fremde Hände, noch dazu bei Beseitigung der sozialistischen Ordnung in der DDR, obwohl jedem nüchtern denkenden Staatsmann klar ist, daß dies eine haltlose Politik ist. Diese Politik geht entweder von falschen Voraussetzungen aus oder wird bewußt deshalb betrieben, um Ihr Volk irrezuführen.

Wir haben bereits mehrmals erklärt, und ich möchte noch einmal wiederholen: Wenn Sie für eine Wiedervereinigung Deutschlands sind, dann müssen Sie Kontakte mit der Deutschen Demokratischen Republik aufnehmen.

DDR genießt Vertrauen des deutschen Volkes

Ihnen mögen die Menschen nicht gefallen, die an der Spitze dieses Staates stehen; das ist ganz natürlich, da sie auf völlig entgegengesetzten Positionen stehen, weshalb man hier schwerlich irgendwelche persönliche Sympathien verlangen kann. Die führenden Persönlichkeiten der Deutschen Demokratischen Republik zahlen es Ihnen offenbar mit gleicher Münze heim. Ich benutze jedoch diese Gelegenheit, um daran zu erinnern, daß die Staatsmänner und die Politiker der Deutschen Demokratischen Republik, für die Sie besondere Antipathien empfinden, bereits das Vertrauen des deutschen Volkes besaßen, als Deutschland geeint war, vor der Machtergreifung Hitlers und dann in der Periode des Kampfes gegen den Nazismus. Sie genießen auch jetzt das volle Vertrauen des Volkes.

Wenn Sie sich um die Interessen Ihres Volkes sorgen und nicht die Spaltung des Landes vertiefen wollen, dann müssen Sie sich dafür einsetzen, daß gesamtdeutsche Organe geschaffen werden, die eine Annäherung der beiden deutschen Staaten in die We-

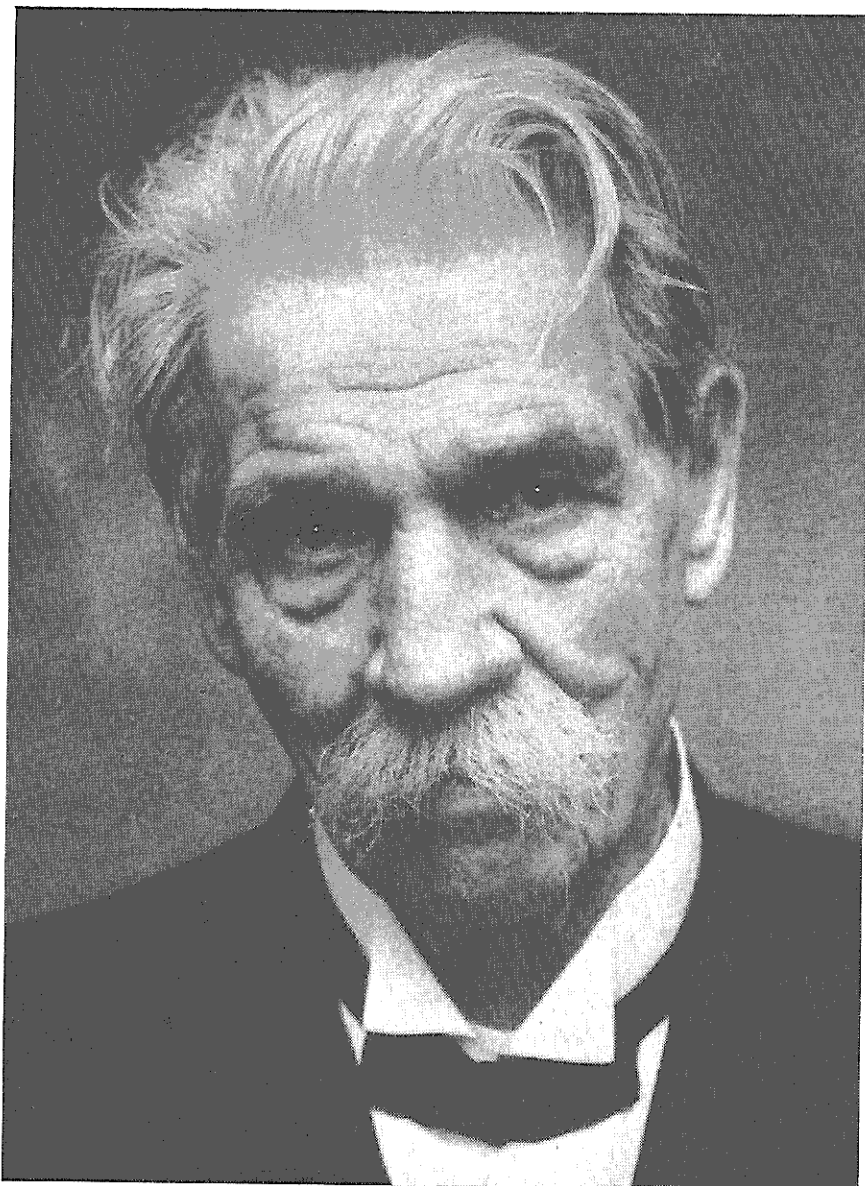
ge leiten würden. Unserer Ansicht nach wurde von der Deutschen Demokratischen Republik ein guter Weg zur Überwindung der Spaltung des Landes vorgeschlagen — die Bildung einer Konföderation. Aber das ist natürlich ihre innere Angelegenheit, die Angelegenheit der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik.

Wir haben es niemals abgelehnt, zur Vereinigung Deutschlands beizutragen, nur weil wir der Ansicht sind, daß sie durch Vereinbarungen zwischen beiden deutschen Staaten herbeigeführt werden kann. Auf der Genfer Außenministerkonferenz wurde von der Sowjetregierung auch ein diesbezüglicher besonderer Vorschlag unterbreitet. Leider fand er bei unseren westlichen Verhandlungspartnern keine Unterstützung. Auch unser Vorschlag über die Bildung eines gesamtdeutschen Ausschusses, in dessen Rahmen die beiden deutschen Staaten sowohl Fragen der direkten gegenseitigen Beziehungen als auch Fragen einer friedlichen Vereinigung des Landes diskutieren könnten, fand nicht das gebührende Verständnis. Größtes Erstaunen ruft der Umstand hervor, daß Sie persönlich und die von Ihnen geleitete Regierung, die, so sollte man meinen, das lebhafteste Interesse für den Vorschlag über die Schaffung eines gesamtdeutschen Ausschusses bekunden müßten, die negativste Haltung dazu einnehmen. Denn gerade durch diesen Ausschuß könnte man sowohl eine friedliche Regelung mit Deutschland als auch die Wiedervereinigung des Landes erreichen.

Atomare Bewaffnung — Spiel mit dem Feuer

Es entsteht der Eindruck, daß sich die Bundesregierung mehr um die Pläne zur Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen und Raketen kümmert als um die Vereinigung des Landes. Offensichtlich kann man den Umstand nicht als einfachen Zufall erklären, daß Ihre Regierung gerade zu Beginn und während der Genfer Konferenz ihre Maßnahmen auf militärischem Gebiet spürbar aktivierte, obwohl sie den ganzen negativen Einfluß solcher Maßnahmen auf die internationalen Verhandlungen sehen mußte. Die Sowjetregierung hat die Regierung der Deutschen Bundesrepublik wiederholt auf die gefährlichen Folgen hingewiesen, die die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen und Raketen für die Deutsche Bundesrepublik und für die Lösung des Problems der Vereinigung Deutschlands haben wird. Ich halte es für meine Pflicht, Herr Kanzler, nochmals Ihre Aufmerksamkeit darauf zu lenken in der Hoffnung, daß Sie über all dies ernsthaft nachdenken.

Ich bitte um Entschuldigung für die ausführliche Darlegung und Wiederholung dessen, was von unserer Regierung und von mir mehrmals geäußert wurde. Ich möchte hoffen, daß Sie die derzeitige Lage aufmerksam analysieren und einschätzen und in bezug auf die weitere Politik der Deutschen Bundesrepublik richtige Beschlüsse fassen. Ich wollte Ihnen, Herr Kanzler, all dies sagen, da Sie mit Ihren NATO-Partnern zur Erörterung internationaler Fragen zusammenkommen werden. Sie werden bald mit Präsident Eisenhower zusammenkommen. Ich möchte glauben, daß Sie



Prof. Albert Schweitzer in Kopenhagen

die Kraft finden, Ihre Vorurteile zu überwinden, daß Sie vernünftig an die Einschätzung der gegenwärtigen Situation herangehen. Die Weigerung, den Erfordernissen der Wirklichkeit Rechnung zu tragen, würde bedeuten, daß Sie für die Erhaltung der Reste des letzten Krieges kämpfen. Aber gestatten Sie mir die Frage, weshalb Sie dies tun wollten?

Wollen Sie wirklich einen militärischen Konflikt, und sind Sie bestrebt, unsere ideologische Streitfragen auf dem Wege des Krieges zu lösen? Ihnen ist zweifellos bekannt, daß die bedeutendsten gegen die Sowjetunion gerichteten Streitkräfte in Westdeutschland, Frankreich und Großbritannien stationiert sind. Sie verstehen auch, daß es bei dieser Sachlage eines Krieges zur Explosion von Kernwaffen auf dem Territorium Westdeutschlands kommen würde, die nicht einfach eine Katastrophe, sondern den Untergang jeglicher Existenz mit sich brächte.

Da dies so ist, fragt man sich, weshalb wir uns in Gefahren stürzen sollen, wenn eine gute friedliche Perspektive vorhanden ist, wenn für den Handel, für die Entwicklung der Wirtschaft sowohl der Sowjetunion als auch der Deutschen Bundesrepublik gute Aussichten bestehen. Die friedliche Zusammenarbeit wird zu gro-

ßen gegenseitigen Vorteilen für unsere Länder führen, und es bestehen auch jetzt bei uns gute Voraussetzungen für wirtschaftliche Beziehungen. Man muß direkt sagen, daß sich der Handel mit der Deutschen Bundesrepublik stärker entwickelt als mit einigen ihrer westlichen Partner.

Ich möchte glauben — ich rechne mich zu den Optimisten —, daß trotz allem der gesunde Menschenverstand siegen wird und daß Sie als ein Mensch, der große Verantwortung für das Schicksal eines Volkes trägt, den Mut finden, die Vorurteile gegenüber der DDR und anderen sozialistischen Ländern zu überwinden. Ich möchte auch hoffen, daß Sie Ihrerseits alles tun werden, um jede Möglichkeit für militärische Konflikte zu beseitigen und damit den Weg der Annäherung und der Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarstaaten Deutschlands frei machen. Man sollte denken, daß die Deutsche Bundesrepublik an der Herstellung normaler Beziehungen mit ihren Nachbarn nicht weniger interessiert sein müßte als jeder andere Staat.

Wenn wir uns aber in unseren Hoffnungen täuschen und Sie diesen vernünftigen Weg nicht gehen, so werden wir — ich will, daß Sie das schon vorher wissen — die entsprechenden Schlußfolgerungen ziehen müssen,

Wenn alle Mittel von Verhandlungen, alle Mittel der Überzeugung unserer Partner durch uns versucht sind, Sie sich jedoch wie bisher einer friedlichen Regelung des Deutschlandproblems widersetzen, dann werden wir einen Friedensvertrag mit der DDR abschließen und alle Länder, die gegen Hitler-Deutschland gekämpft haben, aufrufen, unserem Beispiel zu folgen. Ich bin überzeugt, daß uns nicht nur ein oder zwei Staaten unterstützen werden.

Noch einige Worte zu den kriegerischen Stimmen der Revanchisten, die mit Drohungen auftreten. Die Versuche, uns zu schrecken, die bereits mehrmals praktiziert wurden, sind unnütz. Haben wir doch schon mehrmals zur Waffe greifen müssen und wissen, was Krieg ist. Unter den heutigen Bedingungen wäre ein Krieg einfach Wahnsinn. Wenn irgend jemand beschließen würde, als Antwort auf den Abschluß eines Friedensvertrages, der auf die Beseitigung der Reste des zweiten Weltkrieges gerichtet ist, eine Aggression gegen uns zu unternehmen, dann würde er von der Geschichte als der schlimmste Kriegsverbrecher gebrandmarkt werden. Mit dem Kriege spielen können heute nur Menschen, die den gesunden Menschenverstand völlig verloren haben. Wenn ich mich in diesem historischen und verantwortungsvollen Augenblick an Sie wende, so möchte ich gern, daß Sie, Herr Kanzler, nicht abseits stehen, sondern das Ihre zur edlen Sache der Beseitigung des kalten Krieges, der Minderung der Spannung und der Sicherung des Friedens in der ganzen Welt beisteuern.

Historische Wende zur Koexistenz möglich

Jetzt wurde eine Übereinkunft über den Austausch von Besuchen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika erzielt. Wir messen den bevorstehenden Gesprächen mit dem USA-Präsidenten große Bedeutung bei. Vielleicht stehen wir vor einer historischen Wende in der Politik der beiden bestehenden Blocks — von einer weiteren Isolierung zur allmählichen Annäherung und zur Regelung der ungelösten Fragen mit dem Ziel, die friedliche Koexistenz aller Staaten zu gewährleisten.

Die Staatsmänner und Politiker können in Verhandlungen oder in Gesprächen nicht auf die Erörterung solcher Fragen verzichten, die sie trennen. Und wir können uns natürlich bei den Gesprächen nicht nur mit Mais und Gurken befassen. Wir werden über politische Angelegenheiten, über Staatsangelegenheiten und ungelöste Probleme sprechen. Das wichtigste ungelöste Problem aber ist die Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges. Ohne diese Beseitigung ist es schwer, Frieden und Sicherheit der Völker zu festigen.

Wir sind überzeugt, daß die notwendige Basis für beiderseitig annehmbare Beschlüsse vorhanden ist und daß es lediglich gemeinsamer Bemühungen in dieser Richtung bedarf. Was uns anbetrifft, so werden wir alles Erforderliche tun, um dazu beizutragen, das notwendige Übereinkommen zu erreichen.

Hochachtungsvoll

N. Chruschtschow

Hiroshima: Appell der Wissenschaftler

Wir Wissenschaftler aus aller Welt sind in Hiroshima zusammengekommen, um der 5. Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben zum Erfolg zu verhelfen.

Nach ausgiebiger Diskussion sind wir darin übereingekommen, daß es in dieser kritischen Zeit der Massenvernichtungswaffen die oberste Pflicht aller Menschen ist, das Problem zu lösen, alle Arten von Krieg, einschließlich eines sogenannten begrenzten Krieges, unmöglich zu machen.

Mit tiefer Genugtuung erfüllt uns die Tatsache, daß die Bewegung gegen nukleare Waffen und zur Verhinderung der Möglichkeit eines Atomkrieges jetzt die Unterstützung aller Menschen guten Willens erhält und von Jahr zu Jahr anwächst. Wir wollen hoffen, daß die Prinzipien dieser Bewegung bald von der ganzen Menschheit angenommen werden. Wir Wissenschaftler empfinden eine große Verantwortung für diese Volksbewegung. Daher erscheint es uns bedeutungsvoll, die besondere Aufmerksamkeit auf die Auswirkungen der Radioaktivität zu lenken.

a) Es ist durch viele wissenschaftliche Versuche erwiesen, daß die radioaktive Verunreinigung der Luft, der Bodenoberfläche, sowie von Tieren und Pflanzen als Folge des „fall out“ der Atomwaffenversuche sehr rasch angestiegen ist.

Entsprechend den wissenschaftlichen Ergebnissen japanischer Forschungsinstitute reichert sich Strontium 90 seit 1955 jährlich um 3 bis 6 mc/qkm auf der Erdoberfläche an. Ende 1958 erreichte Strontium 90 über 15mc/qkm in Japan. Neuerdings wurde in Reispflanzen eine radioaktive Ablagerung von 400 Einheiten von Strontium 90 festgestellt.

Es erscheint uns unnötig zu betonen, daß jede Erhöhung der Radioaktivität, so klein sie auch erscheinen mag, mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit sehr schwere Erkrankungen beim Menschen verursacht. Eine Zunahme dieser Radioaktivität ist immer gefährlich, mag sie zunächst auch als geringfügig erscheinen.

b) Als Folge der letzten Wasserstoffbombenversuche hat sich innerhalb der letzten 5 Jahre der radioaktive Kohlenstoff C 14 in der Atmosphäre um 10 Prozent erhöht. Diese radioaktive Substanz wird im menschlichen Körper zusammen mit normalem Kohlenstoff aufgenommen und bleibt radioaktiv. C 14 hat eine Halbwertszeit von 5600 Jahren; daher wird er für viele Generationen im menschlichen Körper Schaden anrichten können. Außerdem muß die Wirkung anderer radioaktiver Zerfallsprodukte wie Cäsium Cs 137, Jod J 131 und Plutonium Pu 239 beachtet werden.

d) Es wird geschätzt, daß die erste Atombombe, die nur die relativ geringe Wirkungskraft von 20 000 Tonnen TNT hatte, die Hälfte der Gesamtbevölkerung Hiroshimas, nämlich 200 000 Menschen, tötete. Die Gesamtenergie aller Atom- und Wasserstoffbomben-Versuche, die von der USA, der UdSSR und Großbritannien bisher durchgeführt wurden, wird auf 180 Millionen Tonnen TNT geschätzt. A- und H-Bomben sind mit der Zeit wirkungsvoller geworden und die Lager, in denen solche Waffen gestapelt werden, wachsen rapide an. Die neuerliche schnelle Entwicklung der Raketentechnik ist derartig, daß in einem Atomkrieg Tausende von Atomwaffen sofort bei Kriegsausbruch über den dicht angesiedelten Gebieten eingesetzt werden können. Ein Krieg, der mit Atomwaffen geführt wird, kann in kurzer Zeit den größten Teil der Erdbevölkerung vernichten. Wenn es uns nicht gelingt, A- und H-Bomben unter Kontrolle zu bringen und Kriege überhaupt zu verhindern, werden wir dauernd in einem Zustand der Angst vor allgemeiner Vernichtung leben.

Schweitzer: Atomversuche ver-seuchen die Menschheit.

Wenn die Versuche mit Atom- und Wasserstoffbomben wieder aufgenommen werden, ist die Menschheit nach der Überzeugung des Nobelpreisträgers Albert Schweitzers verloren. In Kopenhagen betonte Schweitzer, daß die radioaktive Verseuchung der Atmosphäre als Folge der Versuche in den Jahren 1957 und 1958 in ihrer vollen Auswirkung erst in den nächsten 15 Jahren festgestellt werden könne.

Nach Meinung Albert Schweitzers sind Versuche mit Atom- und Wasserstoffbomben völkerrechtswidrig. Völker, die zu den Kulturen gerechnet werden wollten, müßten auf nukleare Vernichtungswaffen verzichten.

c) Auch heute noch sterben in Hiroshima und Nagasaki Menschen an den Folgen der Radioaktivität. Die Atomkrankheiten mancher dieser Opfer werden der Neutronen-Radioaktivität und dem örtlichen „fall out“ zugeschrieben sowie dem noch vorhandenen Rest radioaktiver Sofortaus-schüttung. Diese Tatsachen sind besonders eindrucksvolle Beweise für die entsetzlichen Folgen eines Atomkrieges.

Dennoch können wir jetzt mehr Hoffnung in die Zukunft setzen.

Die Atomversuche sind von den drei Atom-mächten ausgesetzt worden und Verhandlungen über ein internationales Abkommen über die völlige Einstellung der Versuche sind im Gange. Wenn die Vernichtung nuklearer Waffen erfolgreich durchgeführt ist, kann die friedliche Benutzung der Atomkraft vorangetrieben werden.

Wir Wissenschaftler verpflichten uns, daß wir nicht an der Forschung zum Krieg und zur Zerstörung teilhaben wollen, und wir appellieren an die Weltbevölkerung, zu helfen, daß die Wissenschaft nicht den Prinzipien der Humanität entfremdet wird.

Prof. Dr. Linus Pauling, Prof. Dr. Shoichi Sakata, Prof. Dr. Nikolai N. Kovalev, Dr. Pierre Vigier sowie weitere 26 Wissenschaftler.

Hiroshima, den 7. August 1959

Leserbriefe

An den Ständigen Kongreß aller Gegner der atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik.

Ich habe soeben eine Zahlkarte zwecks Bezugs des „Kongreßdienstes“ ausgefüllt, die ich schon seit Monaten mit mir herumtrage.

Vor einigen Tagen erschienen in unserer kleinen Mittelschule vier Herren vom demnächst staatlich organisierten Bundesluftschutz, um unsere Schüler darüber „aufzuklären“, wie man sich gegen die verheerenden Wirkungen der Atombomben „schützen“ könne, was ja durch Experimente mit amerikanischen Soldaten „bewiesen“ sei usw. Mir schien dies ein deutliches Anzeichen dafür, wie man systematisch daran geht, die Bevöl-

kerung an den Gedanken eines etwaigen Atomkrieges zu gewöhnen, welcher mit der atomaren Aufrüstung Westdeutschlands ja um einige Schritte näher an uns heranrücken könnte. Man braucht sich nur an seine eigene HJ-Zeit zu erinnern, um sich darüber klar zu werden, wie leicht man Jugendlichen alles mögliche weismachen kann — besonders wenn man es mit möglichst wissenschaftlicher Miene, mit Hilfe von Filmen und Geigerzählern, vorträgt. Aus diesem Grunde möchte ich, soweit es in meinen Möglichkeiten liegt, Ihre Bestrebungen unterstützen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir die letzten Nummern des „Kongreßdienstes“ zuschicken könnten. Mit bestem Dank im voraus!
E. U., Realschullehrerin.

Das Büro des Ständigen Kongresses hat beschlossen, über die Konferenz und Kundgebung in Hiroshima um den 6. Aug. — dem Tage des Abwurfs der ersten Atombombe — einen Sonderdruck herauszugeben. Er enthält neben den dort beschlossenen Dokumenten einen Bericht der Erlebnisse der 3 Delegierten des Ständigen Kongresses, Frau Dr. Barbara Rathjens, Hamburg, Rektor Hans Krahn, Rüsselsheim, cand. theol. Peter Meier, Münster i. W. Ernst von Salomon, Mitglied des Büros, schrieb eine Einführung. 1000 Sonderdrucke kosten DM 6,—. Bitte sofort bestellen beim Büro des Ständigen Kongresses Hamburg 19, Eichenstraße 46.

Jahrgang 1922 wehrt sich

Die Berichte über den Widerstand der 22er mehren sich. Wir veröffentlichen an dieser Stelle einige neue Nachrichten darüber. An anderer Stelle des „Kongressdienstes“ befassen wir uns mit den Hintergründen der Proteste. Uns scheint die Auffassung vieler Teilnehmer an den Protestaktionen, daß man sich auf den Jahrgang 22 beschränken soll, nicht richtig zu sein. Wenn der Protest der 22er keinen Erfolg hat, dann werden auch die ehemaligen Kriegsteilnehmer der Jahrgänge 23, 24 und 25 bald solche Protestdemonstrationen durchführen müssen. Warum nicht gleich alle zusammen? Der auf solche Weise verstärkte Widerstand wird einen größeren Erfolg zeitigen.

D. Red.

Im ganzen Bundesgebiet nehmen die Protestaktionen von Angehörigen des Jahrgangs 1922 gegen die Erfassung für den Wehrdienst zu. In Rosenheim wurde bei einem Schweigemarsch ein großes Spruchband mitgeführt, auf dem zu lesen stand: „Ich bin stolz, nie in meinem Leben Soldat gewesen zu sein (Adenauer).“ Auf einer Versammlung von 100 Angehörigen des Jahrgangs 1922 aus dem Kreis Rottweil (Baden-Württemberg) wurde eine Protestresolution an die Landesregierung beschlossen, in der es heißt: „Wir haben im letzten Krieg genug Not und Leid erlebt. Wir fordern von der Landesregierung, jede Maßnahme zur Rekrutierung des Jahrgangs 1922 einzustellen.“ 60 Männer des gleichen Jahrgangs faßten auf einer Versammlung in Emmerich, die der CDU-Landtagsabgeordnete Willi Pieper dazu benutzen wollte, die Erfassung zu rechtfertigen, gleichfalls eine Protestentschließung, die sie an die nordrhein-westfälische Landesregierung richteten. Auch darin wird die Einstellung der Erfassung des Jahrgangs 1922 gefordert.

Auf drastische Weise brachte ein schwerkriegsbeschädigter Angehöriger des Jahrgangs 1922 in Hilzingen im Kreis Konstanz seinen Protest gegen die Wehreffassung zum Ausdruck. Er ließ im Rathaus ein Paket mit zwei Beinprothesen abgeben. Auf einem beiliegenden Zettel schrieb er: „Anbei sende ich Ihnen den Rest des Jahrgangs 1922.“

In der Kreisstadt Lahr beschlossen 24 Angehörige des betroffenen Jahrgangs bei einer Zusammenkunft, dem Aufruf zur Erfassung keine Folge zu leisten. Diskussionsredner wiesen darauf hin, daß der Jahrgang 1922 im zweiten Weltkrieg den stärksten Blutzoll habe entrichten müssen.

In Frankfurt a. M. protestierten etwa 100 Mitglieder des DGB, die dem Jahrgang 1922 angehören, scharf gegen die Erfassung dieses Jahrgangs. In einer einstimmig gefaßten Resolution an den Bundestag forderten sie, keine weiteren Opfer vom Jahrgang 1922 zu verlangen. Diese Männer hätten aus Schuld und Irrglauben gelernt, daß der Weg mit der Waffe falsch sei. Der SPD-Landtagsabgeordnete Olav Radke fragte das Bundesverteidigungsministerium, das unter dem Eindruck der Proteste die Verantwortung für die Wehreffassung des Jahrgangs 1922 auf die Länder abzuschieben versucht, welcher „böse Dämon es auf die Idee“ gebracht habe, die 22er zu erfassen. Radke riet den Angehörigen des Jahrgangs 1922, auf den Erfassungsämtern bei Fragen nach der militärischen Laufbahn denselben Weg zu gehen wie die Generale, die freigesprochen wurden, nämlich, „sich an nichts mehr zu erinnern“. Das Mitglied des Bundesvorstandes des Bundes der Kriegsdienstverweigerer, Hans Nickel (Frankfurt), bezeichnete die Protestaktionen als „Revolution der Vernunft“.

Einige Tagungsteilnehmer lehnen strikt jeden Ersatzdienst ab, den das Gesetz Kriegsdienstverweigerern vorschreibt. Angeblich soll er bei privaten Wohlfahrtsorganisationen abgeleistet werden können. Doch wie er im einzelnen aussehen wird, das hat der zuständige Bundesarbeitsminister noch nicht gesagt. Keiner hat eine rechte Vorstellung davon.

Aber Verbandsvorsitzender Keller sagt kategorisch: „Das Ersatzdienstgesetz der Bundesrepublik ist besser als in anderen Staaten. Es ist Quatsch zu glauben, die Ersatzdienstpflichtigen würden ins Moor geschickt und in eine Art Strafarbeitsdienst gesteckt.“ Keller grenzt sich entschieden von der Meinung radikaler Linksgruppen ab. Die Verbandsfunktionäre sind sehr befriedigt, daß ihre Aufklärungsarbeit vorwärtskommt. In Bremen sollen zum Beispiel 5 v. H. des wehrpflichtigen Jahrgangs 1938 als Kriegsdienstverweigerer anerkannt worden sein. 170 Fälle stehen noch zur Entscheidung aus. „Na, beim Jahrgang 1922 wird das noch ganz anders aussehen, da wird man sich in Bonn noch sehr wundern“, freuen sich die Vorstandsmitglieder.

Kommunisten?

Hier bejaht niemand die Landesverteidigung. Wichtiger sei die soziale Aufrüstung. Unter Anrufung von King Hall — die Thesen des Engländers über den gewaltlosen, den psychologischen Widerstand werden vollauf bejaht — fürchtet sich niemand vor einer kommunistischen Aggression. Die Frage, ob der Verband nicht vielleicht ungewollt den Kommunisten in die Hände arbeite, ob sich hier nicht gerade jetzt bei dem 1922er-Skandal radikale Elemente einnisten könnten, wird mit einem energischen Nein beantwortet. Man verweist auf Paragraph 7 der Verbandssatzung, in dem es heißt: Jedes Mitglied ist verpflichtet... sich dafür einzusetzen, daß die Unabhängigkeit des Verbandes von allen im kalten Krieg einseitig orientierten Interessengruppen und politischen Parteien, wie kommunistischen und militant antikommunistischen Kreisen und den entsprechenden Tarnorganisationen, stets gewahrt bleibt. Vorsitzender Keller sagt mit Nachdruck: „Wir sind ebenso gegen den Kommunismus wie gegen den Krieg. Die Empörung des Jahrgangs 1922 gegen die Erfassung ist ein nicht zu übersehendes Symptom der Wehrunwilligkeit. Das alles hat mit Parteipolitik nicht das geringste zu tun.“

Erfassung mit Musik?

Im Bundesverteidigungsministerium in der Bonner Ermekeilkaserne ist man mehr schockiert über die Protestaktionen der 22er und den Widerhall in der Öffentlichkeit, als man zugeben möchte. Schlechte psychologische Vorbereitung der Erfassung — das ist der gelindeste Vorwurf, den sich die Ministerialbürokratie anhören muß. Hilflös meint ein Sprecher des Ministeriums: „Ja, was hätten wir denn tun sollen? Etwa die 1922er mit Blaskapellen zur Erfassung holen? Das geht doch auch nicht.“ Auf die Frage, warum in aller Welt man unbedingt alle 320 000 Angehörige des Jahrgangs

Verteidigungsminister: Wir brauchen Reserven

Die Erfassung des Jahrgangs 1922 hat Unruhe ins Volk getragen. Protestmärsche von Schleswig-Holstein bis Bayern, stürmische Versammlungen von 22ern, maßvolle Abwehr und offene Auflehnung — das ist die Reaktion der heute 37jährigen Kriegsteilnehmer auf die vom Bundesverteidigungsminister befohlene Erfassungsaktion. Mit einem Schlage ist auch die Diskussion über Wert oder Unwert unserer Wehrgesetzgebung wieder entbrannt. Auf den Schreibtischen von Ministern und Parlamentariern, Partei- und Verbandsvorständen stapeln sich die Protestbriefe. Eine neue „Ohne-mich-Bewegung“?

Am letzten Wochenende hatten die organisierten Kriegsdienstverweigerer eilends einen kleinen Bundeskongreß nach Solingen einberufen. Der Saal, in dem man tagte, war übervoll, das Stimmungsbarometer stand auf Sturm. Im Detmolder Verbandssekretariat mündete eine Flut von Briefen und Anrufen: Die Wehrdienstunwilligen suchen Anschluß an den „Verband der Kriegsdienstverweigerer“. Aber auch die Gruppenfunktionäre, aus den verschiedensten Teilen der Bundesrepublik herbeigeeilt, schwenken ganze Päckchen mit neuen Beitrittserklärungen.

„Was sollen wir jetzt am zweckmäßigsten tun?“ Das ist die Frage, die immer wieder hochkommt und die eine recht unterschiedliche Beantwortung findet. Die organisierten Kriegsdienstverweigerer geben sich keinen

Illusionen hin. Sie wissen, daß die Protestbewegung kaum auf Rechnung ihrer Propagandaarbeit kommt, sondern fast überall spontan entstanden ist. Aber das mindert die Freude nicht. Der Vorsitzende Wilhelm Keller, schwerkriegsbeschädigt, mahnt zur Vernunft:

„Wir dürfen niemanden dazu ermuntern, sich gegen das Gesetz aufzulehnen. Wer nicht zur Erfassung geht, trägt die Verantwortung selbst. Jedem muß es auch selbst überlassen bleiben, ob er vor der Behörde Angaben über seinen früheren Militärdienst macht, das Freischwimmerzeugnis mitnimmt und so weiter. Bloße Proteste verpuffen und sind unzweckmäßig. Schließlich ist die Erfassung Voraussetzung für den Antrag auf Kriegsdienstverweigerung. Und auf den kommt es an.“

erfassen und mustern müsse, um dann höchstens fünf bis zehn Prozent für eine Vierwochenübung einzuberufen, gibt es keine befriedigende Antwort. Daß auch Schwerbeschädigte erfaßt werden, wird als „bedauerliche Panne“ bezeichnet. Im übrigen sei die Erfassung Ländersache, das Verteidigungsministerium habe damit nichts zu tun. Niemand hatte damit gerechnet, daß es soviel Aufregung geben würde. Von Bonn aus seien die zuständigen Behörden gebeten worden, Schwerbeschädigte von der persönlichen Meldung zu befreien.

In der Tat tragen die Erfassungsformulare den Vermerk, daß die Schwerbeschädigten nur ihre Rentenbescheide einreichen müssen. Aber das hat den Zorn der Betroffenen nicht gedämpft. Die „bürokratische Seelenlosigkeit“ wurde nicht nur von der SPD scharf kritisiert — auch der Verband der Kriegsbeschädigten legte ein geharnischtes Veto ein: Blinde, Amputierte, Ohnhänder empfinden es als Zumutung, Unterlagen beizubringen, die sich die Erfassungsbehörden leicht bei den örtlichen Versorgungsämtern hätten beschaffen können.

„Man muß sich rüsten für 1959 und nicht vielleicht für 1970“, sagt der Sprecher des Ministeriums. „Wir brauchen nun einmal Reserven. Gerade die Dienstränge zwischen Leutnant und Hauptmann fehlen uns, und wir glauben, sie beim Jahrgang 1922 zu finden.“ Er drückt seinen Respekt vor den Wehrdienstverweigerern aus, beklagt sich aber über ihre Mitläufer; die Funktionäre des Verbands seien ja „ganz ordentlich, aber mit dem Fußvolk steht es schlimm“.

In den Kreisen des Verbandes der Kriegsbeschädigten wird nicht nur die Erfassung der Versehrten kritisiert („Warum hat man uns nicht zur Mitarbeit herangezogen? Dann wäre manche Härte vermieden worden.“), man glaubt auch, daß eine Freiwilligenwerbung genügt hätte. Ein Sprecher der Hauptgeschäftsführung in Bad Godesberg sagt:

„Die Diskrepanz zwischen den Zahlungen für den Familienunterhalt und den Versorgungsbezügen ist ungeheuerlich. Nehmen wir an, die Familie eines zur Wehrübung einberufenen Reservisten bekommt auf Grund des Unterhaltssicherungsgesetzes monatlich 400 DM. Verunglückt der Gatte beim Dienst in der Bundeswehr tödlich, erhält sie nur noch eine Grundrente von 70 DM im Monat, sofern sie selbst noch arbeitsfähig und nicht über 45 Jahre alt ist. Eine Ausgleichsrente wird nicht gezahlt.“

Nur 3000 nötig?

Der Vizepräsident des Verbandes der Heimkehrer, Bundestagsabgeordneter Merten, erinnert an den SPD-Antrag vom 18. Februar, der die Regierung dringend ersuchte, von der Erfassung und Musterung des Jahrgangs 1922 Abstand zu nehmen. „Aber man hat nicht gehört. Von den 320 000, die man jetzt zu den Erfassungsbehörden jagt, braucht man nicht einmal 15 000, keine fünf Prozent — der Bundesverteidigungsminister hat früher selbst erklärt, daß er nur nach 3000 Leuten sucht, Technikern und Ärzten in der Hauptsache.“

Wenn die Regierung die Werbung auf Freiwillige abgestellt hätte, gäbe es jetzt nicht diesen Aufruhr im Volk.

„Warum wurde nie ein entsprechender Aufruf erlassen? Warum hat man die politischen Parteien und Organisationen, warum hat man den Heimkehrerverband nicht um Mitwirkung er sucht? Die wenigen benötigten Kräfte hätten sich auch ohne Erfassung von 320 000 Menschen finden lassen.“ Merten weist auf die Unterlagen der Wehrmachtsauskunftsstelle in Berlin-Wittenau hin, die unbegreiflicherweise nie vom Verteidigungsministerium für eine Auswertung herangezogen worden sind.

Jeder Dritte dieses Jahrgangs ist kriegsbeschädigt

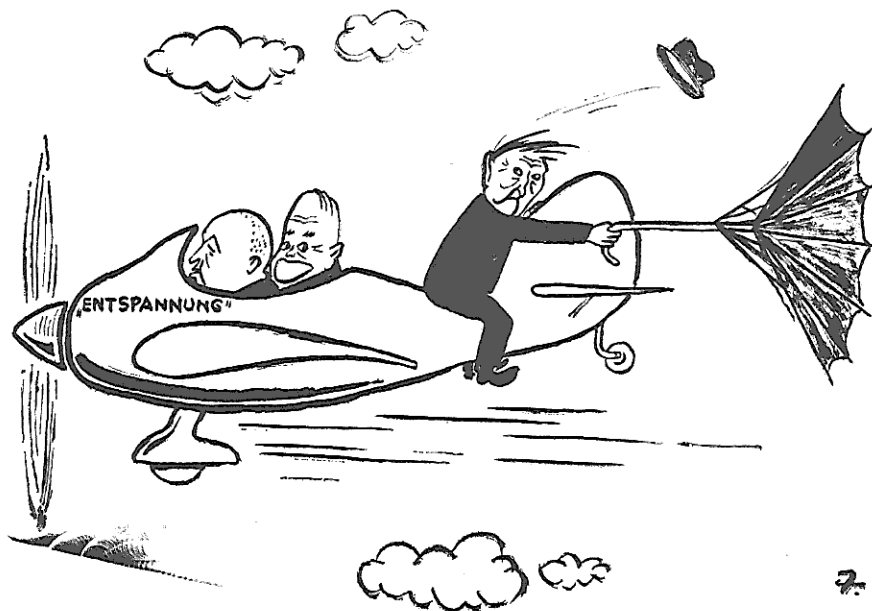
Nach zuverlässigen Schätzungen sind 20 Prozent des Jahrgangs 1922 gefallen, vermißt oder in Gefangenschaft gestorben. Jeder dritte Überlebende ist kriegsbeschädigt. MdB Merten unterstreicht das Ja aller Parteien zur Landesverteidigung, fügt jedoch hinzu: „Solange der Staat nicht seinen moralischen Verpflichtungen gegenüber den Opfern des letzten Krieges nachkommt, solange kann er nicht erneut zwangsweise die Überlebenden zum militärischen Dienst und den damit verbundenen Risiken heranziehen. Es

Mit der Einberufung von Angehörigen des Jahrgangs 1922 ist erst im nächsten Jahre zu rechnen. Der Schwerpunkt der Wehrübungen wird im Sommer 1960 liegen, sie werden nicht länger als vier Wochen dauern. Die Verantwortlichen für die Öffentlichkeitsarbeit im Bundesverteidigungsministerium versichern schriftlich:

„Nur ein Teil der Gemusterten wird zu Wehrübungen herangezogen werden. Auf jeden Fall werden nur so viele taugliche und verfügbare Wehrpflichtige des Jahrgangs 1922 einberufen werden, wie unbedingt erforderlich ist. Das wird ein kleiner Prozentsatz sein, so daß auf freiwillige Meldungen aus dem Kreis der Gemusterten Rücksicht genommen werden kann.“

Der Aufwand für dieses Unternehmen aber ist beträchtlich, der politische Ärger gar nicht meßbar. Die Männer im Bundesverteidigungsministerium, die nicht müde werden, die Notwendigkeit einer psychologischen Verteidigung zu betonen, haben die eigene Linie beschlossen...

Aus „Welt der Arbeit“



geht nicht zuletzt um das Prinzip, daß das erhöhte Risiko, das der zwangsweise eingezogene Soldat hat, von der Gesamtheit getragen wird und ihm nicht persönlich überlassen bleibt.“

Im Heimkehrerverband wird bedauert, daß die positive Haltung aller demokratischen Kräfte zur Landesverteidigung durch die großen psychologischen Fehler der Regierung außerordentlich erschwert wird und jene Kräfte Auftrieb erhalten, die einen „Ohne-mich-Standpunkt“ vertreten. Merten: „Ein Höhepunkt der politischen Instinktilosigkeit aber ist es, ein Junktim zwischen der Erfassung der 1922er und der politischen Lage herzustellen. Wer heute noch glaubt, daß Politik mit der Erfassung und Einberufung von Reservisten gemacht werden könne, der muß die letzten 20 Jahre der deutschen Geschichte verschlafen haben.“

An dem Tage, da sich zwei Armeekorps innerhalb einer Sekunde vernichten können, werden wohl alle zivilisierten Nationen zurückschrecken und ihre Truppen verabschieden.

„Kleinigkeiten“

Ein halbes Pfund Gift genügt

Vor den 25 Wissenschaftlern aus Ost und West, die zur fünften Pugwash-Konferenz zusammengelassen sind, hat der Brite Sir Robert Watson-Watt die Ansicht vertreten, bei einem mit biologischen und chemischen Kampfmitteln geführten Krieg würde die Menge von einem halben Pfund Giftstoff genügen, um die ganze Menschheit auszulöschen. Der Wissenschaftler, der großen Anteil an der Entwicklung des Radarsystems während des zweiten Weltkrieges hatte, führte vor Augen, daß eine solche geringe Menge — gleichmäßig über die Erde verteilt — „jeden Menschen auf unserem Planeten töten kann“. Über die Gefahren dieser potentiellen Todesmittel sei viel zu wenig bekannt.

„DIE WELT“, 27. 8. 59

Alfred Nobel
Erfinder des Dynamits

Die Psychologie der 22er

von Hans Jürgen

Wir veröffentlichen einen Bericht über die Ursachen der Bewegung gegen die Einberufung des Jahrganges 1922.

Da dieser Jahrgang diesmal einer atomgerüsteten Armee dienen soll, erscheint es uns berechtigt, dieses Problem ebenfalls zur Diskussion zu stellen, obwohl kein direkter Zusammenhang zur atomaren Aufrüstung besteht. D. Red.

Ein Jahrgang im Aufruhr

Indem wir diese wichtigen Umstände nach den Normen der Jugendcharakterkunde näher besehen, geraten wir bereits in die nächste Nähe der Erkenntnis über die Ursachen der spontanen „Widersätzlichkeit“ der heute 37jährigen Männer und Familienväter. Regierungsfremde Zeitungen griffen in ihrer Ratlosigkeit gegenüber dem *levé en masse* des Jahrgangs 1922 gegen seine Wiederverwendung im Militärdienst nach ebenso törichtem wie unbewiesenen Behauptungen der Bundeswehrführung, die besagen, hinter dem Widerstand ständen destruktive Elemente. Genau entgegengesetzt von dieser Hypothese liegt die Wahrheit! Gerade aus der Tatsache, daß es nicht nur in den Großstädten, sondern — und in erster Linie — in Hunderten von Kleinstädten und weiteren Hunderten von Dorfgemeinden der Unmut der 22er sichtbar wurde, ist der schlüssige Beweis echter Spontanität abzuleiten. Diese nach außen drängende Demonstration eines Seelenzustandes gibt insbesondere dem Psychologen ein Anschauungsmaterial zur Hand, das zu analysieren eine bisher unbekannte Seelen- und Gemütsverfassung der Kriegsgeneration offenbart. Lassen Sie mich, verehrte Leser, deshalb zurückkehren zu jenen 17jährigen, die man direkt von der Schulbank, aus den Büros und Werkstätten als perfekte Töter ausgebildet hatte. Man schrieb das Jahr 1939.

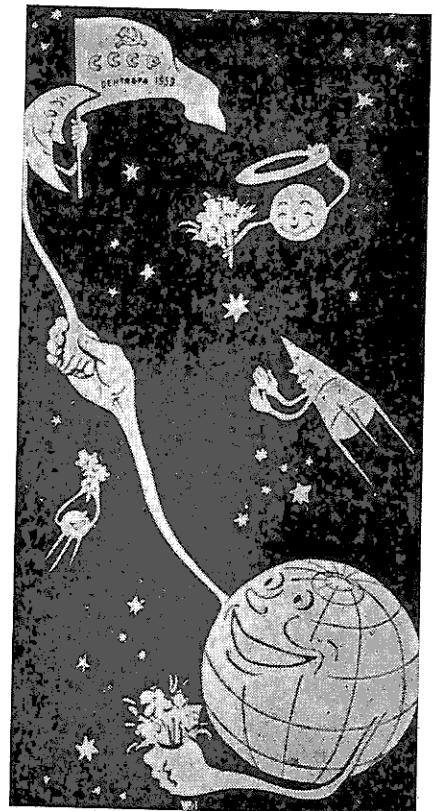
Der Nationalsozialismus hatte diese jungen Menschen bereits seit sechs Jahren „ideologisch ausgerichtet“; sie waren Teig in den Händen der dem NS-Rausch verfallenen Lehrer und Erzieher. Praktisch kannte diese Generation keine Jugend im herkömmlichen Sinne des Wortes und seiner Bedeutung. Uniformen, Aufmärsche und Geländespiele bildeten den Inhalt ihrer jungen Jahre. In keinem Lebensabschnitt hat der Mensch ein so starkes Bedürfnis nach Betätigung wie in der Jugendzeit. Mit dem den Nazis eigenen Geschick für die Ausnutzung eigener Fähigkeiten und Neigungen für die verbrecherischen NS-Ziele erweckten sie in den Kindern und Heranwachsenden jene Nibelungenmystik, die in ihrer letzten Konsequenz die Gefolgschaftstreue der germanischen Mythologie in die Parole „Führer befehl, wir folgen!“ umgemünzt wurde. Die kollektive Moral als Addition der individuellen Gesinnung und Gesittung hatte keinen Platz mehr in der jungen Generation. Die staatliche Autorität bestimmte, was gut und was falsch war. Wer von der staatlichen Norm abirrte, handelte immer falsch. Vom Individuum aus gesehen war ein „Führerbefehl“ zur objektiven Sittlichkeit geworden („Der Führer hat immer recht!“). Nun ist aber bekannt, daß in jedem Menschen das persönliche Gewissen auch Richter über die Moral ist. Die dunklen Jahre

der Hitler-Ara haben jedoch bewiesen, daß es wohl möglich ist, dieses Gewissen unwirksam werden zu lassen, wenn genügend dagegen getan wird. Denn zur Entfaltung des Gewissens ist eine ausreichende objektive Geistigkeit notwendig. Aber gerade die systematische Abtötung jeder selbständigen geistigen Regung war das Ziel der nazistischen „Jugenderzieher“. Es macht einen wesentlichen Unterschied, ob ein junger Mensch in einer Umgebung mit starker moralischer Substanz aufwächst und mit einem Erziehungswillen, der überall die sittlichen Gebote zu achten verlangt, oder in einem Milieu, in dem das genaue Gegenteil sittlicher Lebensauffassung herrscht.

Geimpft mit dem nazistischen Ungeist, zogen die Jugendlichen in den Krieg. Der jugendliche Waffenträger, der als Kind nie Kind sein durfte, machte jetzt jene Erfahrungen, die ihm normalerweise Pädagogen und Humanisten hätten vermitteln sollen. Er sah das Auseinanderfallen eines Weltbildes, das jeglicher moralischen Substanz entbehrte. Die jungen Männer machten die für sie erschütternde Feststellung, daß der Nazismus die reine Flamme jugendlichen Idealismus auf schändliche Art mißbraucht hatte. Der Blick in die Realistik machte die nunmehr 20- und 25jährigen zu Männern. Die dargebotene Moral der NS-Mythologen war nicht mehr tabu, die Wendung zum eigenen Urteil war vollzogen. Dieser Prozeß der ethischen Regeneration war für die meisten langwierig und schmerzlich und für manchen tödlich. Die Männer erkannten die Sackgasse, in welche sie die braunen Demagogen geführt hatten. Sie waren zum Glück noch jung genug, um sich selbst aus diesem Labyrinth ins Freie zu retten. Der Lehrsatz der antiken Klassiker erwies sich auch jetzt wieder als richtig, daß nur an dem persönlich Geformten der Mensch zur Formung gelangen kann. Zum ersten Male in ihrem Leben sahen nun diese Männer jene höchste Richtungskonstante, die Generationen vor ihnen bereits als persönliche Rechtspflicht anerkannt hatten und nach dieser Richtschnur ihr Leben formten: Die große Idee des unveräußerlichen Rechts als objektives Kulturgebilde. Denn seit eh und je bildet das Recht die sittliche Hauptnorm im Leben der zivilisierten Menschheit. Der Faschismus praktizierte jedoch das Gegenteil.

Nun ist es offenkundig, daß die Argumente zur Wiederbewaffnung zum guten Teil wortwörtlich dem Wortschatz der NS-Propagandisten entnommen sind. Das rührt nicht nur aus der gleichen Zielsetzung her, sondern auch aus der Tatsache, daß es sich meist auch um die gleichen Propagandisten handelt. Die heute 37jährigen kennen dieses falsche Pathos. Als sie noch daran glaubten, hatten sie keine Vergleichsmöglichkeiten.

Nun aber sind sie nicht mehr Amboß, sondern Hammer. In ihrer Seele formen sich erneut jene plastischen Bilder, die seit ihrer Heimkehr im Unterbewußtsein aufgespeichert waren. Diese Kriegsgeneration hat einen feinen Instinkt dafür, wenn man sie für politische Zwecke erneut mißbrauchen will. Diese Menschen wurden nach Rückkehr aus den Lazaretten und Gefangenenlagern unbarmherzig in den Lebenskampf gestoßen, für den sie weder berufliche noch gesundheitliche Voraussetzungen mitbrachten. Zäh und tapfer bauten sie sich ihre Existenz auf, begründeten eine Familie und gaben dem Staat, was des Staates ist. Nun aber greift dieser Staat in ihr Leben ein, das gerade erst begonnen hat. Angesichts dieser gemeinsamen Gefahr wachsen die Kräfte zur Abwehr. Diese Kräfte sind das Produkt eigener Lebenserfahrung und damit auch der Lebenstotalität ihrer Altersgruppe. Das ist die geistige Situation nicht nur des Jahrgangs 1922, sondern der gesamten Kriegsgeneration. Als man sie zum Töten abrichtete, hatten sie noch kein Gefühl für das Unrecht, zu dem sie der Staat als Waffenträger mißbrauchte. In schweren seelischen Kämpfen mußten sie sich zu der Erkenntnis durchringen, daß sie als Handlanger einer Verbrecherclique die besten Jahre ihres Lebens vergeudet hatten. Sie schworen sich: Nie wieder! Das ist das Schlüsselwort der Psychologen zum augenblicklichen Aufruhr des Jahrgangs 1922. An den 22ern hat erstmals die staatliche Kunst der Machtgewinnung über die Seelen der Staatsbürger versagt! Diese Erkenntnis ist das beglückende Ereignis in diesen Wochen, weil es aufgezeigt hat, daß es nur des richtigen Anstoßes bedarf, um die vom Militärdienst bedrohten Staatsbürger aus ihrem — scheinbaren — Phlegma aufzurütteln.



Friedliche Raketen
Karikatur aus »Istvestja«

Ist Bonn an de Gaulles Atombombe beteiligt?

Bundesregierung dementiert – Daily Herald: Dementis sind ohne Wert

Als seinerzeit bekannt wurde, daß die Bundeswehr mit Atomraketen ausgerüstet werden sollte, legte die Bundesregierung großen Wert darauf, zu erklären, die atomaren Sprengköpfe würden nicht in den Besitz deutscher Stellen gelangen, sondern in amerikanischer Verfügungsgewalt bleiben. Diese beschwichtigende Zusicherung war an die Adresse aller gerichtet, die davor warnten, die Bundesrepublik könne möglicherweise auf diesem Umweg Zugang zum „Atom-Club“ finden. Auch wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß es das Ziel bestimmter Kräfte innerhalb der Regierung und der Bundeswehrführung ist, im Hinblick auf die atomare Bewaffnung unabhängig zu werden.

Anlaß zu dieser Warnung gab unter anderem die vor Monaten gemeldete Absicht, das Statut der „Westeuropäischen Union“, dessen Satzungen der Bundesrepublik die Produktion von Kernwaffen untersagt, zu revidieren. Die Meldung wurde damals von Bonn sofort dementiert. In diesen Tagen erlebt nun die Welt eine Flut Bonner Dementis, mit denen diesmal eine sensationelle Nachricht aus England aus der öffentlichen Diskussion ausgelöst werden soll, derzufolge die Bundesregierung an der Herstellung der ersten französischen Atombombe, die in der Sahara zur Explosion gebracht werden soll, beteiligt ist. NATO-Dienststellen, so wußte die Zeitung „Daily Herald“ weiter zu berichten, hätten eine geheime Untersuchung eingeleitet, weil die Bundesrepublik dadurch gegen ihren vertraglich ausgesprochenen Verzicht auf die Herstellung von A-, B- und C-Waffen (Atom-, bakteriologische und chemische Waffen) verstoße.

Ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums bezeichnete am 11. August den Bericht der britischen Zeitung als „absoluten Blödsinn“. Das Ministerium erklärte, weder arbeiten in seinem Auftrag deutsche Wissenschaftler oder Techniker an dem französischen Atombomben-Programm mit, noch sei von ihm „auch nur ein einziger Pfennig“ für die Entwicklung der französischen Atombombe ausgegeben worden. Frankreich und andere NATO-Staaten hätten wohl mehrfach deutsche Militärs und Techniker zur Besichtigung ihrer Atomanlagen eingeladen, aber daraus eine deutsche „Mitarbeit“ zu konstruieren sei „absurd“.

Auch das Bundesatomministerium veröffentlichte ein Dementi. In schöner Übereinstimmung mit dem Bundesverteidigungsministerium in Bonn wies ein Sprecher des französischen Ministers Soustelle, dem die Kernwaffenfragen unterstehen, mit nahezu den gleichen Worten die Meldung aus England zurück. Er sagte: „Daran ist kein wahres Wort, das ist reiner Blödsinn.“ Die gaullistische Zeitung „L'Aurore“ wurde etwas konkreter: „Außer einigen Wissenschaftlern deutscher Abstammung, die auf eigenen Wunsch an der Herstellung der Zünder mitwirken, befindet sich unter den Forschern und Technikern, die auf atomarem Gebiete bei uns tätig sind, kein einziger Deutscher.“

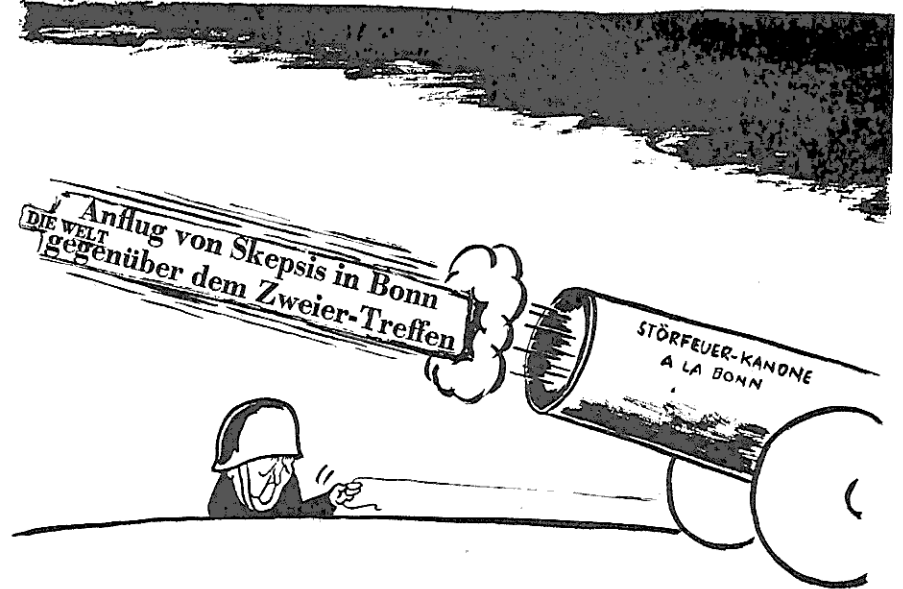
Nachdem auf diese Weise klargestellt worden war, daß die dementierte deutsche Mitwirkung an der französischen Atombombe nicht allzu wörtlich genommen werden durfte, gab die Bundesregierung dem Dementi vom 11. August drei Tage später eine etwas abgemilderte Fassung. Diesmal erklärte das Außenministerium: wenn sich bei der französischen Forschungsgruppe Wissenschaftler mit deutschen Pässen befinden sollten, dann seien sie dort nicht im Auftrage der Bundesregierung.

Der „Daily Herald“, der sofort nach dem ersten Dementi aus Bonn und Paris erklärt hatte, er halte seine Behauptung voll aufrecht, wiederholte seine Feststellung am 14. August. Zweifellos, so bemerkte er, werde die deutsche Mitarbeit nur inoffiziell gewährt, „aber das mache sie nicht weniger real“.

„Es sind keine überzeugenden Dementis“, schrieb die Zeitung zu den Bonner und Pariser Beteuerungen. „Wir messen ihnen kein Wert bei. Genausowenig können es einige der Experten und Behörden in den betroffenen Ländern. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Atomindustrien beider Länder eng zusammenarbeiten. Bestreitet Bonn, daß die beiden Länder gemeinsam eine Raketenforschungstation im

Deutschland der stille Partner von de Gaulles überflüssiger Bombe ist. Adenauer mag nicht den Buchstaben des Übereinkommens verletzen, wonach sich Deutschland der Herstellung von Nuklearwaffen enthalten muß, aber dieses Übereinkommen wird durch einen atomaren Sprengkopf durchstoßen.“

Unbeschadet der Dementis aus Bonn hat die britische Zeitung „News Statesman and Nation“ die Darstellung des „Daily Herald“ aufgegriffen. Eine Einladung des Bundesverteidigungsministeriums nach Bonn beantwortete der „Daily Herald“ mit dem Bemerkten, seine Reporter könnten ihr erst Folge leisten, wenn sie auch von der französischen Regierung zur Besichtigung des Versuchsgeländes in der Sahara eingeladen würden. Später gab die Zeitung bekannt, ein Reporter werde nach Bonn fahren, um das Ausmaß der deutsch-französischen Zusammenarbeit zu untersuchen. Inzwischen hat Bundeskanzler Adenauer in der Nähe seines Urlaubsortes mit NATO-Oberbefehlshaber Norstad und NATO-Generalsekretär Spaak konferiert. Wir gehen wohl kaum fehl mit der Annahme, daß Bonn nicht anstehen würde, Meldungen zu dementieren, wonach es bei diesem Gespräch um die deutsche Beteiligung an der Atomwaffenproduktion gegangen ist.



Elsaß betreiben? Bestreitet Paris, daß Westdeutschland durch eine gemeinsame Waffenkommission zum Unterhalt der Versuchsgelände in der Sahara beiträgt? Deutsche Fachleute sind ständige Besucher auf diesen Geländen, wo die Geschosse für de Gaulles Atombombe entwickelt werden. Es kann nicht geleugnet werden, daß deutsche und französische Atomwissenschaftler zusammenarbeiten oder daß Forschungsergebnisse ausgetauscht werden. Frankreich und Westdeutschland sind jetzt so miteinander verwoben — technisch, militärisch und wirtschaftlich —, daß nicht davon die Rede sein kann, daß eines von ihnen allein eine private Bombe hat. Wir sagen wiederum, daß

Herausgeber:
Das Präsidium des „Ständigen Kongresses“
aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der
Bundesrepublik.

Anschrift:
Hamburg 19, Eichenstr. 46, Tel. 49 22 26
Postcheckkonto: Hamburg 25 66 70

Büro: Otto Beyer, Stapelfeld; Walter Biermann, Hamburg; Prof. Dr. med. Kurt Gröbe, Hamburg; Prof. Dr. Hans Grupe, Lüneburg; Prof. H. Heinemann, Lüneburg; Hans Hentschel, Hamburg; Dr. Ingeborg Maschmann, Lüneburg; Peter Meier, Münster i. W.; Karl-Ludwig Opitz, Hamburg; Dr. med. Barbara Rathjens, Hamburg; Ernst von Salomon, Stöckte; H. Schiefbahn, Hamburg; Erich Wiechmann, Hamburg. Dr. Walter Domke
Sekretär: Karl-Ludwig Opitz, Hamburg.

Druck: Gerhard Steen, Buchdruckerei, Hamburg.
Der „Kongreßdienst“ ist keine Zeitschrift im Sinne des Gesetzes über Zeitungs- und Zeitschriftenwesen. Er erscheint nach Bedarf und ohne Erhebung fester Abonnementsgebühren.